



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Beschluss-Protokoll

der 9. und 10. Sitzung, Amtsjahr 2009-2010

Mittwoch, den 22. April 2009, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Patrick Hafner, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär  
Regine Smit, II. Ratssekretärin*

### Abwesende:

22. April 2009, 09:00 Uhr  
9. Sitzung *Ruth Widmer (SP).*

22. April 2009, 15:00 Uhr  
10. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Christine Keller (SP), Martina Saner (SP),  
Ruth Widmer (SP).*

### Verhandlungsgegenstände:

- |    |  |   |
|----|--|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.   | 4 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte.   | 5 |
| 3. | Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.  | 6 |
| 4. | Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge für Stephan Gassmann).  | 7 |
| 5. | Schreiben des Regierungsrates betreffend Wahl des Regierungspräsidenten vom 30. November 2008; Stille Wahl - Validierung.  | 7 |
| 6. | Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der "Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs im Kanton Basel-Stadt (Städte-Initiative)".  | 7 |
| 7. | Schreiben des Regierungsrates betreffend Kreditübertragungen von 2008 auf 2009.  | 8 |
| 8. | Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag 08.1440.01 zu einer Teilrevision des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) sowie des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) betreffend Neuorganisation der Steuergerichtsbarkeit sowie Amtshilfe an Behörden anderer Kantone. | 8 |

9.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates zum Ausgabenbericht 08.1983.01 betreffend Projektkredit für die Realisierung eines Auftritts der Städte Basel, Genf und Zürich an der World Expo 2010 in Shanghai.	8
10.	Ratschlag Bewilligung von Beiträgen an den Kredit für Theater und Tanz der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2009 - 2012.	9
11.	Ratschlag Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Planung/Realisierung Hochschule für Gestaltung und Kunst HGK, Standort Zollfreilager/Dreispietz. Gewährung eines Baukredits.	10
12.	Ausgabenbericht Geschäftsmodell Infrastruktur. Integrales Managementwerkzeug.	11
13.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht Gleisanpassung St. Johanns-Vorstadt und Bericht der Kommissionsminderheit.	11
14.	Ratschlag 2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel 2009 - 2012 "Praxislabor der Nachhaltigkeitsforschung".	13
17.	Neue Interpellationen.	15
15.	Ratschlag Gewährung von Darlehen an die Übertragungsnetz Basel AG.	18
16.	Ratschlag zu einer Änderung des Einführungsgesetzes vom 22. April 1993 zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (EG OH). (Anpassung an die Änderungen des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007) sowie zu einem Grossratsbeschluss betreffend Genehmigung einer Änderung des Vertrages der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Opferberatungsstelle beider Basel durch den Grossen Rat. Partnerschaftliches Geschäft	20
18.	Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend Koordination der Zusammenarbeit und 100 Reintegrationsjobs zur erfolgreichen Umsetzung der 5. IV-Revision in Basel-Stadt.	20
19.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P257 "Baumfällungen beim Dalbedych, Unterstellung Basler Wald unter Baumschutz".	20
20.	Schreiben der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO2-freie Euro 08.	20
21.	Beantwortung der Interpellation Nr. 6 Oswald Inglin betreffend die Ausrichtung des Immobilienportfolios des Finanzvermögens von Immobilien Basel im Rahmen des Politikschwerpunktes "Stadtwohnen".	21
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Paul Roniger und Konsorten betreffend Gebührenerhebungen im Kanton Basel-Stadt.	21
23.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Peter Malama und Konsorten betreffend Ausgleich der kalten Progression zur Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten im Kanton Basel-Stadt.	21
24.	Beantwortung der Interpellation Nr. 8 Loretta Müller betreffend Polizeieinsatz vom 1. März im Matthäusquartier.	22
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Büchler Grünseis und Konsorten betreffend besondere Alarmsysteme zum Schutz bedrohter Personen.	22
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend einfachen Schienenanschluss an den EuroAirport.	22
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Dringlichkeit von Gleiserneuerungen und Werkleitungersatz.	23
28.	Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Stephan Luethi betreffend Dienststelle Nr. 661 / Mobilität / BVD.	23

29.	Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Mirjam Ballmer Dienststelle 614, Stadtgärtnerei, BVD.	23
30.	Schreiben des Regierungsrates zu den Budgetpostulaten 1. Dominique König-Lüdin Dienststelle 317, Tiefbauamt, BVD; 2. Guido Vogel Dienststelle 831, Amt für Umwelt und Energie, WSU; 3. Beat Jans betreffend Erhöhung von Investitionen; 4. Tino Krattiger Erhöhung Budget für Planung und Unterhalt und 5. Christine Wirz-von Planta Dienststelle 617, Tiefbauamt, Sachaufwand BVD.	24
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	27
	Anhang B: Neue Vorstösse	30

**Beginn der 9. Sitzung**

Mittwoch, 22. April 2009, 09:00 Uhr

**1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.**

[22.04.09 09:03:26, MGT]

**Mitteilungen**

*Patrick Hafner, Grossratspräsident:* ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

**Neues Ratsmitglied**

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. **Balz Herter (CVP)** ist Nachfolger des zurückgetretenen Stephan Gassmann.

Ich wünsche Balz Herter für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen (*Applaus*).

**Rücktritt**

Ich habe Ihnen den Rücktritt von Joris Müller per 31.10.2009 als Ersatzrichter beim Strafgericht bekannt zu geben.

Ich danke dem Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

**Bildaufnahmen**

Ich habe Telebasel gestattet, heute und morgen Bildaufnahmen im Rat zu machen.

**Neue Interpellationen**

Es sind 12 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 12, 14, 15, 20 und 21 werden mündlich beantwortet.

**Vertraulichkeit der Kommissionssitzungen**

Ich zitiere Ihnen § 60 der Geschäftsordnung des Grossen Rates:

*Die Verhandlungen der Kommissionen sind nicht öffentlich.*

*Die Protokolle der Kommissionen stehen nur den Mitgliedern der Kommission sowie den zu den Kommissionsverhandlungen beigezogenen Mitgliedern des Regierungsrates und Vertretern der Verwaltung zur Verfügung. Sie sind vertraulich zu behandeln und dürfen weder ganz noch auszugsweise an andere Ratsmitglieder oder an Dritte weitergegeben werden. Ausnahmen können während der Kommissionsarbeit von der Kommission, nach Abschluss der Kommissionsarbeit vom Ratsbüro des Grossen Rates beschlossen werden.*

*Die Kommissionsmitglieder sind berechtigt, ihre Fraktion über den Gang der Verhandlungen im Allgemeinen und die Beschlüsse der Kommission zu orientieren.*

*Die Kommission kann beschliessen, bestimmte Fragen den Fraktionen zur Vernehmlassung zu unterbreiten.*

Ich nehme an, Sie wissen, weshalb ich Ihnen diesen Paragrafen wörtlich vorgelesen habe. Es macht den Anschein, dass diese Bestimmungen nicht von allen Ratsmitgliedern ernst genommen werden.

Im Zusammenhang mit der Beratung eines politisch heiklen Geschäftes der Geschäftsprüfungskommission sind vertrauliche Informationen an die Öffentlichkeit gelangt. Es ist nicht auszuschliessen, dass eine Verletzung des Sitzungsgeheimnisses durch ein Mitglied der GPK vorliegt. Es ist nicht bewiesen, aber es ist auch nicht auszuschliessen.

Die GPK hat deshalb das Ratsbüro ersucht, die Disziplinarkommission des Grossen Rates zu beauftragen, im Sinne von § 62 der Geschäftsordnung den Sachverhalt abzuklären und dem Ratsbüro Bericht zu erstatten.

Aus einer anderen Kommission wurde dem Ratsbüro ebenfalls ein Vorfall gemeldet, bei welchem lokale Medien über Informationen verfügten, die nur von Personen stammen können, welche an einer Sitzung dieser Kommission teilgenommen haben.

Das Ratsbüro ist über diese Vorfälle und die mögliche Verletzung des Sitzungsgeheimnisses beunruhigt. Dass die Kommissionen nicht öffentlich sind und deren Beratungen und Dokumente demzufolge dem Sitzungsgeheimnis unterliegen, steht im Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates und muss daher befolgt werden. Sinn dieser Gesetzesbestimmung ist, dem Parlament die wirksame und effiziente Arbeit, auch für den Bereich der Aufsicht über die Verwaltung. Die Einhaltung des Sitzungsgeheimnisses gilt gleichermassen für die an der Sitzung teilnehmenden Mitglieder des Grossen Rates wie auch für an der Sitzung teilnehmende Vertreter der Verwaltung.

Eine Verletzung des Sitzungsgeheimnisses kann zu einem nicht absehbaren Schaden für das Parlament führen, insbesondere auch zu einem Image-Schaden, der das bewährte Zusammenwirken der Staatsgewalten und die demokratischen Ordnung nachhaltig untergräbt. Es handelt sich dabei nicht um ein Gentlemen-Delikt.

Es versteht sich von selbst und ist in der Geschäftsordnung auch so vorgesehen, dass Kommissionsmitglieder ihre Fraktionen über den Verlauf der Beratungen im Allgemeinen informieren können. Dies beinhaltet jedoch keinesfalls die Weitergabe von Dokumenten oder Detailinformationen, insbesondere über das Stimmverhalten anderer Kommissionsmitglieder.

Es wird nicht möglich sein, alles, was eine Kommission zu beraten hat, dem Amtsgeheimnis zu unterstellen, weil sonst die parlamentarischen Prozesse mit dem Einbezug der Fraktionen nicht gewährleistet werden können.

Umso mehr rufe ich Sie auf, zum Sitzungsgeheimnis Sorge zu tragen und mit den ihnen anvertrauten Informationen so umzugehen, dass das Parlament in seinen Funktionen als erste Gewalt im Staat nicht beeinträchtigt wird.

Über das Ergebnis der Untersuchung der Disziplinarkommission oder des Ratsbüros werden wir Sie selbstverständlich informieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe darauf, dass diese Bestimmungen künftig ernst genommen werden.

## **Tagesordnung**

### **Dringliche Interpellation**

Annemarie Pfeifer (EVP/DSP) hat eine Interpellation betreffend Erhaltung des Gemeindespitals Riehen eingereicht und den Antrag auf Dringliche Behandlung gemäss § 40 AB gestellt.

Da die Interpellation rechtzeitig eingereicht wurde und der Regierungsrat sie ohnehin mündlich beantwortet, erübrigt sich eine Abstimmung über die Dringlichkeit.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[22.04.09 09:09:46, ENG]

### Zuweisungen

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

### Kenntnisnahmen

#### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Überprüfung des Dankmalschutzgesetzes (stehen lassen). (BVD, 06.5387.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Heidi Mück betreffend Haftpflichtversicherung der öffentlichen Spitäler. (GD, 08.5314.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Martina Saner betreffend Kantonsbeiträge an Krankenkassen zur Sicherung der medizinischen Dienstleistungen für Versicherte mit säumigen Prämienzahlungen - Vorschlag für eine günstigere Lösung mit besserer Wirkung. (WSU, 08.5318.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Hermann Amstad betreffend Tagesschul-Projekt. (ED, 08.5351.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Bruno Suter betreffend überlastete Buslinie 30. (BVD, 09.5002.02)
- Nachrücken von Balthasar Herter als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Stephan Gassmann). (09.5053.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Umgestaltung des Rheinufers im Bereich des Schaffhauser Rheinwegs (stehen lassen). (BVD, 07.5082.02)
- Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Verlängerung der Buslinie 70 bis zum Bahnhof SBB sowie Christoph Wydler und Konsorten betreffend Tramquerung Nauenstrasse (stehen lassen). (BVD, 06.5353.02, 07.5265.02)
- Bericht des Regierungsrates Dringliche Kreditbewilligung Nr. 01. Historisches Museum Basel, Barfüsserkirche. Dachsanierung über den Räumen für Wechselausstellungen. (BVD, 07.1477.01)
- Rücktritt von Joris Müller als Ersatzrichter am Strafgericht Basel-Stadt per 31. Oktober 2009 (09.5088.01)

## 3. Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.

[22.04.09 09:10:08, JSD, 09.0361.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 09.0361.01 insgesamt 55 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (21 Gesuche), unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 31 vom 25. April 2009 publiziert.

**4. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge für Stephan Gassmann).**

[22.04.09 09:11:14, WA1]

Die CVP-Fraktion nominiert Balz Herter (CVP) als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die Wahlen offen durchzuführen, da die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

**Der Grosse Rat wählt**

einstimmig bei 1 Enthaltung **Balz Herter** als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**5. Schreiben des Regierungsrates betreffend Wahl des Regierungspräsidenten vom 30. November 2008; Stille Wahl - Validierung.**

[22.04.09 09:13:06, Ratsbüro, 08.1792.01, VAL]

Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen, die Stille Wahl des Regierungspräsidenten zu validieren.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig: die Wahl von Dr. Guy Morin, 1956, Grüne Basel-Stadt, zum Regierungspräsidenten für die Amtsperiode 2009 bis 2013 wird gemäss der Veröffentlichung im Kantonsblatt vom 1. November 2008 validiert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**6. Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der "Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs im Kanton Basel-Stadt (Städte-Initiative)".**

[22.04.09 09:14:00, JSD, 08.2004.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die "Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs im Kanton Basel-Stadt (Städte-Initiative)" (08.2004) für **rechtlich zulässig** zu erklären.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig:

Die mit 3'483 Unterschriften zustandegekommene "Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs im Kanton Basel-Stadt (Städte-Initiative)" wird für **rechtlich zulässig** erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**7. Schreiben des Regierungsrates betreffend Kreditübertragungen von 2008 auf 2009.**

[22.04.09 09:15:17, FKom, FD, 09.0306.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf das Schreiben 09.0306.01 einzutreten und die darin aufgeführten für 2008 bewilligten Kredite auf das Jahr 2009 zu übertragen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Schreiben **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, unter Verzicht auf eine zweite Lesung, die im Schreiben 09.0306.01 aufgeführten Kredite im Umfang von insgesamt CHF 3'899'100 auf das Jahr 2009 zu übertragen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Die genehmigten Kreditübertragungen sind im Kantonsblatt Nr. 31 vom 25. April 2009 publiziert.

**8. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag 08.1440.01 zu einer Teilrevision des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) sowie des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) betreffend Neuorganisation der Steuergerichtsbarkeit sowie Amtshilfe an Behörden anderer Kantone.**

[22.04.09 09:16:44, JSSK, FD, 08.1440.02, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 08.1440.02 einzutreten und den Ratschlag 08.1440.01 an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Voten: *Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

**Einzelvoten**

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP); Remo Gallacchi (CVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, den Ratschlag 08.1440.01 an den Regierungsrat **zurückzuweisen**.



**9. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates zum Ausgabenbericht 08.1983.01 betreffend Projektkredit für die Realisierung eines Auftritts der Städte Basel, Genf und Zürich an der World Expo 2010 in Shanghai.**

[22.04.09 09:34:19, WAK, PD, 08.1983.02, BER]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 08.1983.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Oskar Herzig (SVP); Elisabeth Ackermann (GB)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Ziffer 1

Publikationsklausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zur Realisierung eines gemeinsamen Auftritts der Städte Basel, Genf und Zürich wird ein Projektkredit von CHF 1'000'000 zu Lasten der laufenden Rechnungen 2008 (300'000), 2009 (CHF 300'000) und 2010 (CHF 400'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**10. Ratschlag Bewilligung von Beiträgen an den Kredit für Theater und Tanz der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2009 - 2012.**

[22.04.09 09:54:14, BKK, PD, 09.0219.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0219.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Martin Lüchinger (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 47 gegen 12 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

An den Kredit für Theater und Tanz der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft werden vom Kanton Basel-Stadt in den Jahren 2009 - 2012 jährlich CHF 465'000 bewilligt.

Kostenstelle: 3708221, Statistischer Auftrag: 370822100001, Kostenart: 365.100.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**11. Ratschlag Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Planung/Realisierung Hochschule für Gestaltung und Kunst HGK, Standort Zollfreilager/Dreispietz. Gewährung eines Baukredits.**

[22.04.09 10:01:17, BKK, BVD, 09.0043.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0043.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Urs Schweizer (FDP); Martina Bernasconi (GLP); Roland Lindner (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Oswald Inglin (CVP); Doris Gysin (SP); Thomas Grossenbacher (GB); Andreas C. Albrecht (LDP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Ziffer 1: Baukredit abzüglich Bundessubventionen

Ziffer 2: Ermächtigung zum Kauf des Freilagergebäudes

Ziffer 3: Ermächtigung zum Abschluss eines Baurechtsvertrags

Ziffer 4: Vorbehalt über die Rechtsgültigkeit des Quartierplanes

Publikations- und Referendums Klausel (formell korrigiert)

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für einen Neubau und den Umbau des Zollfreilagers für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) am Standort Zollfreilager/Dreispietz wird ein Kredit von CHF 120'140'000 (Schweiz. Baupreisindex, Index 122.8 Punkte, Stand April 2008), inkl. Mehrwertsteuer, zu Lasten der Rechnungen 2009 bis 2015, Position Nr. 4201.005.26000, Finanzdepartement, Immobilien Basel Stadt, bewilligt. Von diesem Betrag sind die voraussichtlich anfallenden Bundessubventionen in Abzug zu bringen.
2. Der Regierungsrat wird ermächtigt, mit der Christoph Merian-Stiftung einen Kaufvertrag für den Kauf des Freilagergebäudes abzuschliessen.
3. Der Regierungsrat wird ermächtigt, mit der Christoph Merian-Stiftung einen Baurechtsvertrag für die Hochschule für Gestaltung und Kunst abzuschliessen.
4. Diese Beschlüsse gelten vorbehältlich des Entscheides des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft über die Rechtsgültigkeit des Quartierplanes.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**12. Ausgabenbericht Geschäftsmodell Infrastruktur. Integrales Managementwerkzeug.**

[22.04.09 10:30:15, FKom, BVD, 09.0045.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 09.0045.01 einzutreten und einen Kredit in der Höhe von CHF 310'000 zu bewilligen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Realisierung des Integralen Managementwerkzeuges wird ein Kredit in Höhe von CHF 310'000 (Index 104.4 Punkte, Stand Oktober 2008, BIK) inkl. Mehrwertsteuer zu Lasten der Rechnung 2009, Position 6170.9010.20000, Bau- und Verkehrsdepartement, Tiefbauamt, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**13. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht Gleisanpassung St. Johanns-Vorstadt und Bericht der Kommissionsminderheit.**

[22.04.09 10:31:33, UVEK, BVD, 08.1849.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 08.1849.02 einzutreten.

Die Kommissionsmehrheit beantragt, dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Die Kommissionsminderheit beantragt, den Ausgabenbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Christian Egeler, Referent der UVEK-Kommissionsminderheit; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Bruno Jagher (SVP); Urs Schweizer (FDP); Aeneas Wanner (GLP); Christoph Wydler (EVP/DSP); Patrizia Bernasconi (GB)*

**Besuch auf der Zuschauertribüne**

Ich habe die Freude, auf der Zuschauertribüne die KV-Lernenden der Kantonsverwaltung begrüessen zu dürfen. Sie absolvieren heute unter der Leitung unseres ehemaligen Ratskollegen Marc Flückiger eine Lektion Staatskunde, direkt am Tatort der Politik. Ich wünsche den jungen Mitarbeitenden des Kantons einen unterhaltsamen und lehrreichen Unterricht im Grossen Rat (*Applaus*).

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Thomas Mall (LDP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP); Peter Bochsler (EVP/DSP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Christophe Haller (FDP), RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Voten: *Christian Egeler, Referent der UVEK-Kommissionsminderheit; Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Zwischenfrage**

Voten: *Aeneas Wanner (GLP); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 49 gegen 41 Stimmen **den Rückweisungsantrag** der Kommissionsminderheit **abzulehnen**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 51 gegen 38 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für das Projekt Gleisanpassung St Johannis-Vorstadt wird ein Kredit von CHF 1'100'000 im Investitionsbereich 2 (Öffentlicher Verkehr), Position 661850028310, Bau- und Verkehrsdepartement, Amt für Mobilität, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**14. Ratschlag 2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel 2009 - 2012 "Praxislabor der Nachhaltigkeitsforschung".**

[22.04.09 11:50:02, UVEK, WSU, 08.1671.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 08.1671.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Andreas Ungricht (SVP)*

Unterbruch der Behandlung des Geschäftes.

**Schriftliche Anfragen**

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Brigitte Heilbronner betreffend Veloparkplätze beim Elsässertor (09.5079.01).
- Schriftliche Anfrage Sebastian Frehner betreffend "neapolitanische Zustände" auf Basels Strassen (09.5084.01).
- Schriftliche Anfrage Samuel Wyss: Gefährdung der Basler Bevölkerung insbesondere Kinder durch unsachgemässe respektive fehlende Entsorgung von gebrauchten Fixerutensilien (Spritzen von Drogenabhängigen) (09.5085.01).
- Schriftliche Anfrage Samuel Wyss betreffend möglicher Installation von Wildwarnern an wildunfallgefährdeten Strassen im Kantonsgebiet Basel-Stadt (09.5086.01).
- Schriftliche Anfrage Samuel Wyss betreffend rund ein Viertel der Bewohner der Stadt Basel, welche keine Steuern bezahlen (09.5087.01).
- Schriftliche Anfrage Bruno Jagher betreffend Street View durch die Firma Google (09.5097).
- Schriftliche Anfrage Bruno Jagher betreffend Lichtverschmutzung (09.5098).
- Schriftliche Anfrage Bruno Jagher betreffend Privatgebrauch von Allmend (09.5099).
- Schriftliche Anfrage Loretta Müller betreffend Tauben in Basel (09.5100).
- Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Vergabe von Geschäftskrediten an Frauen bei der BKB (09.5104).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

**Schluss der 9. Sitzung**

11:59 Uhr

---

**Beginn der 10. Sitzung**

Mittwoch, 22. April 2009, 15:00 Uhr

**17. Neue Interpellationen.**

[22.04.09 15:03:27]

**Interpellation Nr. 10 Atila Toptas betreffend Isolierung und Beheizung der Dreirosen-Halle**

[22.04.09 15:03:27, BVD, 09.5067.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 11 Sebastian Frehner betreffend Zahlungen an Krankenversicherer für Prämienausstände und nicht bezahlte Kostenbeteiligungen durch den Kanton**

[22.04.09 15:03:51, WSU, 09.5074.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 12 Brigitte Hollinger betreffend Einsatztruppe Tigris der Bundeskriminalpolizei - Fragen zur Situation im Kanton Basel-Stadt**

[22.04.09 15:04:06, JSD, 09.5078.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Brigitte Hollinger (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 09.5078 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 13 Ruth Widmer betreffend Areal Volta-Ost: Was passiert mit den Häusern an der Wasserstrasse 31-39?**

[22.04.09 15:11:44, FD, 09.5080.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Dringliche Interpellation Nr. 14 Annemarie Pfeifer betreffend Erhaltung des Gemeindespitals Riehen**

[22.04.09 15:12:09, GD, 09.5081.01, NIM]

**Interpellation Nr. 15 Philippe Pierre Macherel betreffend Schliessung des Gemeindespitals Riehen: Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung im Kanton Basel-Stadt**

[22.04.09 15:12:09, GD, 09.5082.01, NIM]

Diese Interpellationen werden vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Stellvertreter des Vorstehers des Gesundheitsdepartementes; Annemarie Pfeifer (EVP/DSP)*

Die Interpellantin Annemarie Pfeifer erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 09.5081 ist **erledigt**.

Voten: *Philippe Pierre Macherel (SP)*

Der Interpellant Philippe Pierre Macherel erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 09.5082 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 16 Andreas Ungricht zu den Defiziten des "kooperativen Föderalismus"**

[22.04.09 15:29:44, PD, 09.5090.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Andreas Ungricht (SVP)*

**Interpellation Nr. 17 Martina Bernasconi betreffend Bekanntgabe des Defizits der Kaserne Basel 2008 und neuen Konzepten für eine erfolgreiche Kaserne Basel**

[22.04.09 15:33:07, PD, 09.5091.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Martina Bernasconi (GLP)*

**Interpellation Nr. 18 Brigitta Gerber betreffend finanzieller Situation und Wahrnehmung des Bildungsauftrages der Kaserne Basel**

[22.04.09 15:34:20, PD, 09.5093.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.



**Interpellation Nr. 19 Esther Weber Lehner betreffend zweckentfremdende Vermietung des Landhof-Areals an die Firma SCOPE durch das Erziehungsdepartement**

[22.04.09 15:34:45, ED, 09.5094.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 20 Tanja Soland betreffend bettelnde Personen in Basel-Stadt**

[22.04.09 15:35:02, JSD, 09.5095.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Tanja Soland (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Die Interpellation 09.5095 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 21 Urs Müller-Walz; Zukunft des Radio Studio Basel wirklich gesichert?**

[22.04.09 15:44:21, WSU, 09.5096.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Urs Müller-Walz (GB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 09.5096 ist **erledigt**.

**Fortsetzung der Beratungen**

zu Geschäft 14 (Ratschlag 2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel 2009 - 2012 "Praxislabor der Nachhaltigkeitsforschung".) Eintretensdebatte.

Voten: *Mirjam Ballmer (GB); Guido Vogel (SP); Andreas Burckhardt (LDP); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

*Patrick Hafner, Grossratspräsident:* Ziffer 2 wird gestrichen, da die dort erteilten Aufträge in der Kompetenz des Regierungsrates liegen.

Titel und Ingress

Ziffer 1: Kredit

Publikations- und Referendums Klausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 51 gegen 10 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Unterstützung von Projekten im Rahmen der "2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel" in den Bereichen Bauen, Mobilität sowie Raum und Ressourcen wird für die Jahre 2009 - 2012 ein Kredit in der Höhe von CHF 2'080'000 (inkl. MWSt.) zu Lasten der Position 831080004009 (Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**15. Ratschlag Gewährung von Darlehen an die Übertragungsnetz Basel AG.**

[22.04.09 16:03:41, FKom, WSU, 09.0065.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0065.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Alexander Gröflin (SVP); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die IWB werden ermächtigt, der Übertragungsnetz Basel AG nach den Vorgaben des Strom VG verzinssliche Darlehen mit einer maximalen Höhe von insgesamt CHF 14'000'000 zu Lasten des Anlagenvermögens IWB zu gewähren.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**16. Ratschlag zu einer Änderung des Einführungsgesetzes vom 22. April 1993 zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (EG OH). (Anpassung an die Änderungen des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007) sowie zu einem Grossratsbeschluss betreffend Genehmigung einer Änderung des Vertrages der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Opferberatungsstelle beider Basel durch den Grossen Rat. Partnerschaftliches Geschäft**

[22.04.09 16:08:19, JSSK, JSD, 08.1776.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 08.1776.01 einzutreten und den vorgelegten Beschlussesentwürfen zuzustimmen.

Voten: *Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Römisch I, Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz

Römisch II, Änderung anderer Erlasse, Strafprozessordnung

Römisch III, Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

*Patrick Hafner, Grossratspräsident:* Die Wirksamkeitsbestimmung wird geändert, da die Rechtskraft erst nach dem 1. Januar 2009 eintreten kann. Römisch III lautet deshalb: Diese Änderungen sind zu publizieren. Sie unterliegen dem Referendum und werden nach Eintritt der Rechtskraft sofort wirksam.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, den beantragten Gesetzesänderungen zuzustimmen.

Diese Änderungen sind zu publizieren. Sie unterliegen dem Referendum und werden nach Eintritt der Rechtskraft sofort wirksam.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen (EG Opferhilfegesetz und Strafprozessordnung) sind im Kantonsblatt Nr. 31 vom 25. April 2009 publiziert.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, die Änderung des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Opferhilfeberatungsstellen beider Basel zu genehmigen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum.

Die Änderung des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Opferhilfeberatungsstellen beider Basel ist im Kantonsblatt Nr. 31 vom 25. April 2009 publiziert.

**18. Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend Koordination der Zusammenarbeit und 100 Reintegrationsjobs zur erfolgreichen Umsetzung der 5. IV-Revision in Basel-Stadt.**

[22.04.09 16:15:18, 09.5043.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5043 entgegenzunehmen.

*Ursula Kissling (SVP)*: beantragt **Nichtüberweisung**.

Voten: *Jürg Meyer (SP)*; *Markus Benz (GB)*; *Salome Hofer (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 45 gegen 11 Stimmen, den Anzug 09.5043 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**19. Bericht der Petitionskommission zur Petition P257 "Baumfällungen beim Dalbedych, Unterstellung Basler Wald unter Baumschutz".**

[22.04.09 16:26:55, PetKo, 08.5312.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P257 "Baumfällungen beim Dalbedych, Unterstellung Basler Wald unter Baumschutz" (08.5312) als erledigt zu erklären.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P257 (08.5312) ist **erledigt**.

**20. Schreiben der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO2-freie Euro 08.**

[22.04.09 16:31:39, JSSK, 06.5352.03, SAA]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, den Anzug 06.5352 abzuschreiben.

Voten: *Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 06.5352 ist **erledigt**.

**21. Beantwortung der Interpellation Nr. 6 Oswald Inglin betreffend die Ausrichtung des Immobilienportfolios des Finanzvermögens von Immobilien Basel im Rahmen des Politikschwerpunktes "Stadtwohnen".**

[22.04.09 16:33:30, FD, 09.5057.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Oswald Inglin (CVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 09.5057 ist **erledigt**.

**22. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Paul Roniger und Konsorten betreffend Gebührenerhebungen im Kanton Basel-Stadt.**

[22.04.09 16:36:57, FD, 04.8064.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.8064 abzuschreiben.

Voten: *Mustafa Atici (SP)*

*Conradin Cramer (LDP)*: beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Alexander Gröflin (SVP)*; *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 43 gegen 39 Stimmen, den Anzug 04.8064 **stehen zu lassen**.

**23. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Peter Malama und Konsorten betreffend Ausgleich der kalten Progression zur Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten im Kanton Basel-Stadt.**

[22.04.09 16:47:11, FD, 08.5300.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 08.5300 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

*Andreas Burckhardt (LDP)*: beantragt **Überweisung als Motion**.

Voten: *Beat Jans (SP); Lukas Engelberger (CVP); Elisabeth Ackermann (GB); Andreas Burckhardt (LDP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 45 gegen 44 Stimmen, die Motion 08.5300 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 46 gegen 42 Stimmen, die Motion 08.5300 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.

**24. Beantwortung der Interpellation Nr. 8 Loretta Müller betreffend Polizeieinsatz vom 1. März im Matthäusquartier.**

[22.04.09 17:10:58, JSD, 09.5059.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Loretta Müller (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Die Interpellation 09.5059 ist **erledigt**.

**25. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Büchler Grünseis und Konsorten betreffend besondere Alarmsysteme zum Schutz bedrohter Personen.**

[22.04.09 17:17:47, JSD, 99.6209.05, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 99.6209 abzuschreiben.

Voten: *Brigitta Gerber (GB); Anita Heer (SP); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 99.6209 ist **erledigt**.

**26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend einfachen Schienenanschluss an den EuroAirport.**

[22.04.09 17:26:54, BVD, 04.8025.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.8025 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 04.8025 ist **erledigt**.

**27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Dringlichkeit von Gleiserneuerungen und Werkleitungersatz.**

[22.04.09 17:27:48, BVD, 07.5013.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 07.5013 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 07.5013 ist **erledigt**.

**28. Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Stephan Luethi betreffend Dienststelle Nr. 661 / Mobilität / BVD.**

[22.04.09 17:28:21, BVD, 08.5340.02, SBP]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Schreiben 08.5340.02 einzutreten und das Budgetpostulat abzulehnen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Schreiben 08.5340.02 **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, das Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Budgetpostulat 08.5340 ist **erledigt**.

**29. Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Mirjam Ballmer Dienststelle 614, Stadtgärtnerei, BVD.**

[22.04.09 17:28:53, BVD, 08.5341.02, SBP]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Schreiben 08.5341.02 einzutreten, das Budgetpostulat zu erfüllen und ins Budget 2009 zusätzlich einen Betrag von CHF 100'000 einzustellen.

*Bruno Jagher (SVP):* beantragt **Ablehnung**.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Schreiben 08.5341.02 **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

In Entsprechung des Budgetpostulates 08.5341 werden im Budget 2009 zusätzlich CHF 100'000 eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Das Budgetpostulat 08.5341 ist **erledigt**.

**30. Schreiben des Regierungsrates zu den Budgetpostulaten 1. Dominique König-Lüdin Dienststelle 317, Tiefbauamt, BVD; 2. Guido Vogel Dienststelle 831, Amt für Umwelt und Energie, WSU; 3. Beat Jans betreffend Erhöhung von Investitionen; 4. Tino Krattiger Erhöhung Budget für Planung und Unterhalt und 5. Christine Wirz-von Planta Dienststelle 617, Tiefbauamt, Sachaufwand BVD.**

[22.04.09 17:31:30, WSU, 08.5325.02 08.5326.02 08.5330.02 08.5331.02 08.5333.02, SBP]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Schreiben 08.5325.02 einzutreten.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Conradin Cramer (LDP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Baschi Dürr (FDP); Conradin Cramer (LDP)*

Voten: *Christoph Wydler (EVP/DSP); Dominique König-Lüdin (SP); Eveline Rommerskirchen (GB); Andreas Burckhardt (LDP); Sebastian Frehner (SVP); Urs Müller-Walz (GB)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Schreiben 08.5325.02 **einzutreten**.



**Budgetpostulat Dominique König-Lüdin.**

Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat Dominique König-Lüdin zu erfüllen und ins Budget 2009 zusätzlich einen Betrag von CHF 200'000 einzustellen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 54 gegen 18 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

In Entsprechung des Budgetpostulates 08.5325 werden im Budget 2009 zusätzlich CHF 200'000 eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Das Budgetpostulat 08.5325 ist **erledigt**.

**Budgetpostulat Guido Vogel.**

Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat Guido Vogel nicht zu erfüllen.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltsdepartementes (WSU)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, das Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Budgetpostulat 08.5326 ist **erledigt**.

**Budgetpostulat Beat Jans.**

Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat Beat Jans zu erfüllen und im Budget 2009 die Investitionsübersichtsliste / Investitionsrechnung um CHF 10'000'000 zu erhöhen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 53 gegen 12 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

In Entsprechung des Budgetpostulates 08.5330 wird im Budget 2009 die Investitionsübersichtsliste / Investitionsrechnung um CHF 10'000'000 erhöht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Das Budgetpostulat 08.5330 ist **erledigt**.

**Budgetpostulat Tino Krattiger.**

Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat Tino Krattiger zu erfüllen und ins Budget 2009 zusätzlich einen Betrag von CHF 7'500'000 einzustellen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 52 gegen 15 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

In teilweiser Entsprechung des Budgetpostulates 08.5331 werden im Budget 2009 zusätzlich CHF 7'500'000 eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Das Budgetpostulat 08.5331 ist **erledigt**.

**Budgetpostulat Christine Wirz-von Planta.**

Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat Christine Wirz-von Planta nicht zu erfüllen.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Christine Wirz-von Planta (LDP); Andreas Burckhardt (LDP); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Regierungspräsident Guy Morin*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 54 gegen 18 Stimmen, das Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Budgetpostulat 08.5333 ist **erledigt**.

**Schriftliche Anfragen**

Es ist folgende Schriftliche Anfrage eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Beatrice Alder betreffend Angeboten an geschlechterspezifischen Selbstverteidigungskursen für Frauen und Männer von 50 plus (09.5112.01).

Die Schriftliche Anfrage wird dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

**Tagesordnung**

die folgenden traktandierten und nicht mehr behandelten Geschäfte werden auf die Tagesordnung vom 6./13. Mai 2009 vorgetragen:

31. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Beat Schultheiss und Konsorten betreffend Abfall-Grundgebühr sowie Schreiben zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend kostenneutraler Umsetzung des Verursacherprinzips zur Abdeckung des Defizits in der Abfallrechnung (03.7585.03)
32. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Fabienne Vulliamoz und Konsorten betreffend gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft (06.5127.02)

**Schluss der 10. Sitzung**

18:03 Uhr

Basel, 23. April 2009

Patrick Hafner  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär

## Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

<b>Direkt auf die Tagesordnung kommen</b>		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der "Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs im Kanton Basel-Stadt (Städte-Initiative)".		JSD	08.2004.01
2.	Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.		JSD	09.0361.01
3.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Kreditübertragungen von 2008 auf 2009.		FD	09.0306.01
4.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates zum Ausgabenbericht 08.1983.01 betreffend Projektkredit für die Realisierung eines Auftritts der Städte Basel, Genf und Zürich an der World Expo 2010 in Shanghai.	<b>WAK</b>	PD	08.1983.02
5.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Kommissionsmehrheit) zum Ausgabenbericht 08.1849.01 Gleissanierung St. Johanns-Vorstadt und Bericht der Kommissionsminderheit.	<b>UVEK</b>	BVD	08.1849.02
6.	Schreiben des Regierungsrates zur Wahl des Regierungspräsidenten vom 30. November 2008; Stille Wahl; Validierung.	<b>Ratsbüro</b>		08.1792.01
7.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P257 "Baumfällungen beim Dalbendych, Unterstellung Basler Wald unter Baumschutz".	<b>PetKo</b>		08.5312.02
8.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dr. Andrea Büchler Grünseis und Konsorten betreffend besondere Alarmsysteme zum Schutz bedrohter Personen.		JSD	99.6209.05
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Paul Roniger und Konsorten betreffend Gebührenerhöhung im Kanton Basel-Stadt.		FD	04.8064.03
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Fabienne Vulliamoz und Konsorten betreffend gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft.		PD	06.5127.02
11.	Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Dr. Beat Schultheiss und Konsorten betreffend Abfall-Grundgebühr sowie Schreiben zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend kostenneutraler Umsetzung des Verursacherprinzips zur Abdeckung des Defizits in der Abfallrechnung.		WSU	03.7585.03 05.8345.03
12.	Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Stephan Luethi betreffend Dienststelle Nr. 661 / Mobilität / BVD.		BVD	08.5340.02
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Mirjam Ballmer betreffend Dienststelle Nr. 614 / Stadtgärtnerei / BVD.		BVD	08.5341.02
14.	Schreiben des Regierungsrates zu den Budgetpostulaten 1. Dominique König-Lüdin Dienststelle 317, Tiefbauamt, BVD; 2. Guido Vogel Dienststelle 831, Amt für Umwelt und Energie, WSU; 3. Beat Jans betreffend Erhöhung von Investitionen; 4. Tino Krattiger Erhöhung Budget für Planung und Unterhalt und 5. Christine Wirz-von Planta Dienststelle 617, Tiefbauamt, Sachaufwand BVD.		WSU	08.5325.02 08.5326.02 08.5330.02 08.5331.02 08.5333.02
15.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Peter Malama und Konsorten betreffend Ausgleich der kalten Progression zur Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten im Kanton Basel-Stadt.		FD	08.5300.02
<b>Überweisung an Kommissionen</b>				
16.	Ausgabenbericht Nachtragskredit Nr. 01 betreffend Wiedererwägung der Kürzung bei der Staatsschutz-Fachgruppe 9 im Budget 2009.	<b>GPK Mitbericht FKom/JSS K</b>	JSD	09.0273.01
17.	Ratschlag betreffend Rahmenkredit für die Erweiterung der Elektrizitätsversorgungsanlagen für die Jahre 2009 bis 2013.	<b>FKom</b>	WSU	09.0383.01

18.	Ratschlag betreffend Kooperation Universitätsspital Basel (USB) und Universitäts-Kinderspital Basel (UKBB), Infrastruktureinrichtungen im Universitätsspital Basel.	<b>FKom</b>	GD	09.0356.01
19.	Petition P262 betreffend Auswirkungen des Krieges in Sri Lanka auf die Situation der in der Schweiz lebenden Tamilinnen und Tamilen.	<b>PetKo</b>		09.5071.01
20.	Petition P263 für Isolation der Freizeithalle "Drei Rosen".	<b>PetKo</b>		09.5077.01
21.	Ratschlag Friedhof am Hörnli - Erweiterung des Bestattungsangebotes. Neue Gemeinschaftsgrabanlage - Einbau neuer Urnennischen.	<b>UVEK</b>		09.0422.01
22.	Ratschlag Änderung des Gesetzes über das Aufenthaltswesen vom 16. September 1998 (Aufenthaltsgesetz SG 122.200) (im Besonderen die Implementierung von Vorschriften zur Registerharmonisierung und des neuen Ausländerrechts).	<b>JSSK</b>		09.0298.01
23.	Ratschlag betreffend Änderung des Bürgerrechtsgesetzes vom 29. April 1992 (SG 121.100) sowie zur Beantwortung der Motion Lukas Engelberger und Konsorten betreffend erleichterte Einbürgerung.	<b>JSSK</b>	JSD	08.2131.01 06.5009.03
24.	Ratschlag zu einem Gesetz über die Kulturförderung (Kulturfördergesetz, KuFG) sowie Bericht des Regierungsrats zur Motion Verena Herzog betreffend Ausarbeitung eines Kulturgesetzes auf der Basis der neuen Kantonsverfassung und einer externen Studie über die Bedeutung der Kultur für den Kanton Basel-Stadt und die Region.	<b>BKK</b>	PD	09.0218.01 04.7798.03
25.	Ratschlag Sprachförderung für Dreijährige. Projekt: Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten. Änderung des Schulgesetzes (SG 410.100) und des Tagesbetreuungsgesetzes (SG 815.100).	<b>BKK</b>		09.0409.01
26.	Rücktritt von Joris Müller als Ersatzrichter beim Strafgericht Basel-Stadt per 31. Oktober 2009.	<b>WVKo</b>		09.5085.01

#### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

27.	Motionen:			
a)	Beat Jans und Konsorten betreffend Abschaffung der Pauschalbesteuerung von Zugewanderten			09.5069.01
b)	Brigitta Gerber und Konsorten betreffend besseres Risikomanagement durch geschlechter-spezifisch ausgewogene Besetzung der Verwaltungsräte im öffentlichen und halb-öffentlichen Bereich			09.5070.01
28.	Anzüge:			
a)	Roland Vögtli und Konsorten bezüglich illegaler Plakatierungen an privaten und staatlichen Gebäuden			09.5061.01
b)	Andreas Ungricht und Konsorten betreffend unkoordinierter Bebbi-Sagg Bereitstellung in den Quartieren			09.5062.01
c)	Andreas Ungricht und Konsorten betreffend "Informationsveranstaltung in nationalen Abstimmungskämpfen - Regelung für den Regierungsrat"			09.5063.01
d)	Oswald Inglin und Konsorten betreffend gleichzeitige Förderung des öffentlichen Verkehrs zusammen mit der Weiterführung des Autobahnzubringers Süd / Gundeliumfahring			09.5065.01
e)	Mustafa Atici und Konsorten betreffend Massnahmen gegen das Falschparkieren und für mehr Verkehrssicherheit und Attraktivität auf dem «Boulevard Güterstrasse»			09.5066.01
f)	Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Erstellung eines Solarkatasters			09.5068.01
g)	Andreas Ungricht und Konsorten betreffend Einführung eines Alarmsystems bei Kindsentführungen auf kantonaler und nationaler Ebene			09.5073.01

- |   |            |    |            |
|---|------------|----|------------|
| h) Urs Schweizer und Konsorten betreffend Verlängerung Ost-West-Piste EuroAirport   |            |    | 09.5092.01 |
| 29. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zur 2. Lesung zum Ratschlag Nr. 08.1691.01 Kredit für die Projektierung des Neubaus für die Life Sciences der Universität Basel an der Spitalstrasse 41 in Basel.<br><i>Partnerschaftliches Geschäft</i> | <b>BKK</b> | ED | 08.1691.02 |

**Kenntnisnahme**

- |   |  |     |                          |
|---|--|-----|--------------------------|
| 30. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Überprüfung des Denkmalschutzgesetzes (stehen lassen).   |  | BVD | 06.5387.02               |
| 31. Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Heidi Mück betreffend Haftpflichtversicherung der öffentlichen Spitäler.  |  | GD  | 08.5314.02               |
| 32. Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Martina Saner betreffend Kantonsbeiträge an Krankenkassen zur Sicherung der medizinischen Dienstleistungen für Versicherte mit säumigen Prämienzahlungen - Vorschlag für eine günstigere Lösung mit besserer Wirkung. |  | WSU | 08.5318.02               |
| 33. Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Hermann Amstad betreffend Tagesschul-Projekt.   |  | ED  | 08.5351.02               |
| 34. Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Bruno Suter betreffend überlastete Buslinie 30.   |  | BVD | 09.5002.02               |
| 35. Nachrücken von Balthasar Herter als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Stephan Gassmann).  |  |     | 09.5053.02               |
| 36. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Umgestaltung des Rheinufers im Bereich des Schaffhauser Rheinwegs (stehen lassen).  |  | BVD | 07.5082.02               |
| 37. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Verlängerung der Buslinie 70 bis zum Bahnhof SBB sowie Christoph Wydler und Konsorten betreffend Tramquerung Nauenstrasse (stehen lassen).   |  | BVD | 06.5353.02<br>07.5265.02 |
| 38. Bericht des Regierungsrates Dringliche Kreditbewilligung Nr. 01. Historisches Museum Basel, Barfüsserkirche. Dachsanierung über den Räumen für Wechselausstellungen.  |  | BVD | 07.1477.01               |

## Anhang B: Neue Vorstösse

### Motionen

a) **Motion betreffend Abschaffung der Pauschalbesteuerung von Zugewanderten**

09.5069.01

Im Kanton Zürich wurde die Volksinitiative "Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre (Abschaffung der Pauschalsteuer)" am 8. Februar 2009 von der Stimmbevölkerung angenommen.

Im Kanton Basel-Stadt sind rund 15 zugewanderte Personen pauschal besteuert.

Wenn Basel-Stadt und weitere Kantone dem Beispiel des Kantons Zürich folgen, dann:

- verbessern sie die Steuergerechtigkeit
- kommen sie einem verbreiteten Anliegen der Bevölkerung entgegen
- und setzen ein starkes Zeichen für eine national einheitliche Regelung.

Wir bitten die Regierung, dem Grossen Rat eine Änderung des Steuergesetzes vorzulegen, welche die Pauschalbesteuerung für zugewanderte Millionärinnen und Millionäre ausschliesst.

Unter anderem in den Kantonen BL und AG werden oder wurden vergleichbare Vorstösse eingereicht.

Beat Jans, Martin Lüchinger, Christine Keller, Daniel Goepfert, Jürg Stöcklin, Brigitta Gerber, Mirjam Ballmer, Heinrich Ueberwasser, Urs Müller-Walz, Oskar Herzig, Bruno Jagher, Mustafa Atici, Sabine Suter

b) **Motion betreffend besseres Risikomanagement durch geschlechterspezifisch ausgewogene Besetzung der Verwaltungsräte im öffentlichen und halb-öffentlichen Bereich**

09.5070.01

Die Finanzmärkte stecken tief in der Krise. Neue Lösungen im Bereich Risikomanagement werden gesucht. Eine Befragung im Jahre 2007 bei Studierenden mit unterschiedlichem fachspezifischem Hintergrund (Ingenieure, Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften, Medizin, Jura) der Universität und ETH Zürich hat folgendes ergeben: die Studierenden wirtschaftsnaher Ausbildungsgänge haben einerseits deutlich schlechtere Prognosen über die Entwicklung der Aktienkurse der UBS abgegeben als diejenigen wirtschaftsferner Studiengänge. Studierende, die Vorlesungen über Finanzmärkte gehört hatten, schnitten weniger gut ab als solche die dieses Wissen nicht hatten. Frauen haben andererseits unabhängig von der Wahl ihres Studiengangs signifikant bessere Prognosen geliefert. Prof. Margrit Osterloh, Ordinaria für BWL an der Universität Zürich, merkt an: homogene Gruppen unterlägen tendenziell eher der Selbstüberschätzung von Experten, verliessen sich auf Prognosen vorangegangener Ereignisse und sind für systematische Irrtümer besonders anfällig (NZZ am Sonntag, 28. Dezember 2008, S. 15).

Schweizer Verwaltungsräte sind in den letzten Jahren auffällig homogener geworden. Verwaltungsräte, CEOs und VR-Präsidenten sind zu etwa 90% von Personen mit wirtschaftsnahem Hintergrund besetzt. Krass untervertreten sind Frauen in den Verwaltungsräten der börsennotierten Unternehmen, nämlich lediglich mit 5% (Prozentsatz variiert 2002-2004 zwischen 5,12 und 5,27% siehe Handelszeitung 13.-19.9.2006, S. 79). Dies obwohl die heutige, aktive Generation von Frauen um die 50 eine ungebrochene Berufskarriere von 30 Jahren vorweisen kann und durchaus kein Mangel an qualifizierten und motivierten Kandidatinnen besteht.

Norwegen hatte bis vor wenigen Jahren eine ähnliche geschlechtsspezifische Verteilung in seinen Verwaltungsräten vorzuweisen. Die (konservative!) Regierung hatte aber für 2006 zwecks demokratischerer Verteilung und besserer Diversität in Management-Teams eine 40%-Frauen-Quote in allen Aufsichtsgremien eingeführt, deren Umsetzung in der 4-jährigen Übergangszeit mit entsprechenden Weiterbildungen begleitet wurde. Norwegens heutige wirtschaftliche Performance, nicht nur im Energiesektor, spricht klar für entsprechende Massnahmen.

In der Schweiz wird auf Bundesebene derzeit genau durch diese Einsicht eine 30%-Frauenquote für Verwaltungsräte der bundesnahen Betriebe erarbeitet. Auch der Kanton Basel-Stadt will seinerseits seine öffentlichen und halb-öffentlichen Verwaltungsräte bestmöglich bestellen. In der neuen Verfassung ist unter §9 "Gleichstellung von Frau und Mann", Abs. 3 vermerkt: "Kanton und Gemeinden fördern die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen. Sie wirken darauf hin, dass öffentliche Aufgaben sowohl von Frauen als auch von Männern wahrgenommen werden". Die kürzlich erfolgte Zusammensetzung des Bankrates (Amtsperiode 1. April 2009 - 31. März 2013) wirft allerdings in verfassungsrechtlicher Hinsicht Fragen auf.

Gewählt wurden 12 Männer und eine Frau. Damit sind Frauen mit einem Anteil von 7,6% vertreten. Eine entsprechende Beschickung von Verwaltungsräten öffentlicher und halb-öffentlicher Betriebe ist wohl in geschlechtsspezifischer Hinsicht nicht ganz verfassungskonform.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, im Sinne von §9 Abs. 3 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt das Verhältnis der Geschlechter in den öffentlichen und halb-öffentlichen Körperschaften zu überprüfen (Kanton und Gemeindeebene) und dem Grossen Rat eine Vorlage zur Ergänzung der oben zitierten rechtlichen Regelung im folgenden Sinne zu unterbreiten:

Bei der Bestellung von Aufsichtsgremien im öffentlichen und halb-öffentlichen Bereich ist darauf zu achten, dass mindestens 30% der Mandate an Frauen vergeben werden (z.B. dreifach paritätisch) und der Regierungsrat ganz im Sinne der Verfassung vorbereitend darauf hin wirkt, dass öffentliche Aufgaben sowohl von Frauen als auch von Männern wahrgenommen werden können.

Brigitta Gerber, Brigitte Hollinger, Beat Jans, Michael Wüthrich, Greta Schindler, Mustafa Atici, Doris Gysin, Jürg Stöcklin, Sibel Arslan, Andrea Bollinger, Urs Schweizer, Annemarie Pfeifer, Christine Heuss, Dominique König-Lüdin, Franziska Reinhard, Patrizia Bernasconi, Martina Bernasconi, Remo Gallacchi, Martin Lüchinger, Urs Müller-Walz, Stephan Luethi-Brüderlin, Brigitte Heilbronner-Uehlinger

## Anzüge

### a) Anzug bezüglich illegaler Plakatierungen an privaten und staatlichen Gebäuden

09.5061.01
------------

In der Beantwortung meiner Interpellation vom 17. Februar 2009 hat sich die Regierung nur "bemüht", sich dieses Gesetzes anzunehmen. Eine "Verfolgung", gar Bestrafung der illegalen Plakatierung in der ganzen Stadt, sei es an privaten und öffentlichen und staatlichen Gebäuden, sei schwierig.

Die Gesetzesvorlage ist vorhanden. Nur die Umsetzung, d.h. die Bestrafung der Delinquenten, scheint unserem Staat grosse Mühe zu bereiten. Es kann doch nicht sein, dass Firmen für eine Veranstaltung bereits die allfällige Busse für die illegale Plakatierung in Rechnung stellen und somit der Veranstalter sich von einer Busse befreit.

Im Übertretungsstrafgesetz Artikel 22 ist für die illegale Plakatierung eine Strafe vorgesehen. Dies ist leider in der gängigen Praxis nicht oft der Fall.

Die Unterzeichneten bitten daher den Regierungsrat, unter Einbezug aller beteiligten Parteien zu prüfen und zu berichten, ob und auf welche Weise der geschilderten wilden Plakatierung Einhalt geboten werden kann.

- Ob mit vermehrten Kontrollen des JSD oder des Baudepartementes.
- Ob mit Verhandlungen und Kontrollen der Hausbesitzer, IWB, BVB etc.
- Ob mit Subventionskürzungen staatlicher Institutionen, die von dieser Illegalität Gebrauch machen.
- Ob mit Schreiben an die jeweiligen Veranstalter auf dieses Verbot aufmerksam gemacht werden kann. Dies unter Vorankündigung einer Busse in einer entsprechenden Höhe.
- Ob es möglich ist, dass sich die Regierung nicht nur "bemüht" dieses Gesetz durchzusetzen, sondern auch die "Täter" rigoros zur Rechenschaft zieht.

Roland Vöggtli, Christophe Haller, Urs Schweizer, Remo Gallacchi, Giovanni Nanni, Ernst Mutschler, Daniel Stolz, Thomas Strahm, Peter Bochsler, Andreas Burckhardt, Roland Lindner, Samuel Wyss, Rudolf Vogel, Toni Casagrande, Stephan Gassmann, Felix W. Eymann, Christine Heuss

### b) Anzug betreffend unkoordinierter Bebbi-Sagg Bereitstellung in den Quartieren

09.5062.01
------------

Das Baudepartement liefert regelmässig eine Abfallentsorgungsanleitung mit dem Vermerk: "richtig Entsorgen von A- Z" in jeden Haushalt. Darin ist unter anderem auch beschrieben, ab wann man den blauen Bebbi-Sagg zum Entsorgen vor das Haus stellen soll, und zwar jeweils vor dem Entsorgungstag ab 19 Uhr. In der Praxis sieht dies jedoch ganz anders aus. Die blauen Säcke werden zu jeder Zeit, auch vor und während Wochenenden, vor die Häuser gestellt. Dies sieht zum Einen nicht schön aus, zum Anderen werden die Säcke von Tieren aufgerissen und der Inhalt wird verschleppt. Dies zieht dann wiederum andere Tiere an, z.B. Ratten. Die Disziplin mancher Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner lässt auf ein untolerierbares Mass zu wünschen übrig. Dabei wurde bei der Einführung des Bebbi-Saggs darauf hingewiesen, dass die Nichteinhaltung dieser Anweisung geahndet wird.

Aufgrund dieser Beschreibung bitten die Anzugsteller den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob und wie man vermehrt mit präventiven, aber auch mit repressiven Mitteln dieser Problematik entgegenzutreten kann.

Andreas Ungricht, Markus Lehmann, Oskar Herzig, Sebastian Frehner, Ursula Kissling-Rebholz, Eduard Rutschmann, Toni Casagrande, Rudolf Vogel, Samuel Wyss, Roland Lindner, Bruno Jagher

**c) Anzug betreffend Informationsveranstaltung in nationalen Abstimmungskämpfen - Regelung für den Regierungsrat**

09.5063.01

Mit RRB vom 17. Februar 2009 wurde die vom Erstunterzeichnenden am 4. Februar 2009 eingereichte Interpellation Nr. 1 (09.5005) zu der Personenfreizügigkeits-Abstimmungs-Informationsveranstaltung vom 14. Januar 2009 der Regierungen BS und BL in Münchenstein beantwortet.

Wie aus der Interpellationsbeantwortung hervorgeht, ist der Regierungsrat von Basel-Stadt auch zukünftig gewillt, solche sogenannten Informationsveranstaltungen bei nationalen Abstimmungen mit gewichtigem Inhalt durchzuführen. Aufgrund dieses Umstandes und der Tatsache, dass die vergangenen Informationsveranstaltungen und Podien seitens des Regierungsrates immer unter Ausschluss einer gegnerischen Meinung auf dem Rednerpodium stattfanden, bitten die Unterzeichnenden - im Sinne einer klaren, einheitlichen und korrekten Regelung - zu prüfen und zu berichten:

- ob dem Grossen Rat eine gesetzliche Vorlage vorgelegt werden kann, in welcher die Teilnahme, das Mitwirken und weitere im Zusammenhang mit der Abstimmung stehenden Tätigkeiten, geregelt werden
- oder ob der Regierungsrat sich zukünftig für die Teilnahme an solchen Veranstaltungen zwingend durch den Grossen Rat eine Legitimation einholen lassen sollte
- ob zukünftig bei solchen Veranstaltungen jeweils auch eine Plattform für eine Gegenargumentation geschaffen werden sollte
- welche anderen, weiteren oder zusätzlichen Möglichkeiten bestehen, um auch der Gegnerschaft an einem solchen Anlass, ungeachtet der Voten aus dem Saal, genügend Raum für deren Argumentation einzuräumen
- ob, sollten diese Punkte nicht erfüllt werden können, der Regierungsrat inskünftig auf eine Teilnahme bei einseitig organisierten Podien oder Veranstaltungen verzichtet.

Andreas Ungricht, Sebastian Frehner, Oskar Herzig, Samuel Wyss, Alexander Gröflin, Ursula Kissling-Rebholz, Toni Casagrande, Rudolf Vogel, Felix Meier, Roland Lindner, Bruno Jagher

**d) Anzug betreffend gleichzeitige Förderung des öffentlichen Verkehrs zusammen mit der Weiterführung des Autobahnzubringers Süd / Gundeliumfahrung**

09.5065.01

Als im letzten November das Tiefbauamt verlauten liess, dass es noch zu Beginn dieses Jahres der Basler Regierung ein Projekt vorlegen will, das einen Tunnel von der Münchensteiner Brücke quer unter dem Gundeli hindurch bis ins Gebiet der Margarethenstrasse/Gundeldingerstrasse/Dorenbachviadukt vorschlagen wird, waren die Reaktionen geteilt.

Einerseits wurde anerkannt, dass man in Sachen Umfahrung Gundeli vorwärts machen will, ein Anliegen, das nun schon seit vierzig Jahren diskutiert wird, aber nicht vom Fleck kommt.

Andererseits äusserten sich die Verfechter des öffentlichen Verkehrs skeptisch, da erstens mit dem Tunnel einmal mehr in den Individualverkehr und nicht in den öffentlichen Verkehr investiert werden soll und zweitens ein solcher Tunnel nur noch mehr Verkehr anziehen würde.

Eine Entlastung des Gundeli vom Durchgangsverkehr ist auf den jetzt bestehenden Achsen Gundeldingerstrasse/Dornacherstrasse/Güterstrasse nicht möglich. Eine Lösung mit einer Umfahrung parallel zur jetzigen Hochstrasse mit einem Hochtrassee über den Gleisen - allenfalls unter Einbezug der neu zu versetzenden Meret Oppenheim-Strasse - hat den Nachteil, dass dafür keine Bundessubventionen fliessen würden. Wird ein Tunnel im Rahmen des Nationalstrassenprogramms gebaut, so wie es die Variante des Tiefbauamts vorsieht, so übernimmt der Bund rund zwei Drittel der Kosten.

Die Unterzeichneten können die Kritik an einem weiteren, rein dem Individualverkehr vorbehaltenen Projekt nachvollziehen. Andererseits sind sie davon überzeugt, dass mit einem Gundelitunnel das Quartier nachhaltig vom Durchgangsverkehr entlastet werden kann.

Die Unterzeichneten schlagen deshalb vor, einen solchen Tunnel auch für den öffentlichen Verkehr nutzbar zu machen. So liesse sich parallel zu diesem Autobahntunnel auch eine unterirdische Tramlinie führen, wodurch die Nr. 14, von Pratteln kommend, mit der Nr. 17 aus dem Leimental verbunden werden könnte, so dass beide Linien einen direkten Anschluss an den Bahnhof SBB erhalten würden.

Durch eine solche Erschliessung könnten auf kürzestem Weg zeitoptimal sowohl die Region Pratteln/Muttenz als auch das Leimental an den Bahnhof SBB angebunden werden.

Dass es grundsätzlich nicht abwegig ist, einen unterirdischen Autobahntunnel mit einem Tramtunnel zu verbinden, zeigt sich zum Beispiel in Zürich, wo bereits seit 1986 die Tramlinien 7 und 9 durch einen 2 km langen, ursprünglich für eine U-Bahn gedachten Tunnel fahren, der vom Milchbuck aus nach Schwamendingen führt und unterwegs drei unterirdische Haltestellen bedient.

Mittels einer Vorprojektstudie könnten relativ einfach die Kosten und der Nutzen einer solchen Lösung dargestellt



werden. Sollte ein solches Projekt, das in Zürich bereits realisiert wurde, für Basel zu kostenaufwendig sein, so müsste im Zusammenhang mit dem Autobahnzubringer Süd minimal eine direkte Einführung der Linie 14 bis zum Bahnhof realisiert werden. Dies könnte mit vertretbaren Mitteln erreicht werden, indem die Traminie 14, von St. Jakob kommend, beim Zeughaus geradeaus parallel zum Hexenweglein auf die bestehende Trambrücke bei der Münchensteiner Brücke, entlang der Bebauung Bahnhof Ost, weitergeführt würde. Der guten Ordnung halber sei an dieser Stelle erwähnt, dass es sich hier um regionale Linien handelt und somit Anspruch auf Bundesmittel besteht.

Sollte auch diese zweite, weitaus günstigere Lösung die Möglichkeiten und die Bereitschaft des Kantons Basel-Stadt, in den ÖV zu investieren, übersteigen, so müsste als absolut zwingendes Minimum die Streckenführung in Trasseeführung und Lichtraum frei gehalten werden.

Die Unterzeichneten bitten die Regierung entsprechend zu prüfen und zu berichten,

- inwiefern sich ein möglicher Gundelitunnel mit einem Tramtrasse ergänzen liesse, um die Linien 14 und 17 am Bahnhof zusammen zu führen
- inwiefern sich auch ohne Tunnelvariante eine Anbindung der Linie 14 über den Autobahnzubringer Süd an den Bahnhof realisieren liesse
- inwiefern bei einem möglichen Umbau des Autobahnzubringers Süd bauliche Voraussetzungen für eine spätere Anbindung der Linie 14 an den Bahnhof vorgekehrt werden können.

Oswald Inglin, Lukas Engelberger, Patricia von Falkenstein, Urs Schweizer, Stephan Gasmann, Christian Egeler, André Weissen, Dieter Werthemann, Remo Gallacchi, Helen Schai-Zigerlig, Markus Lehmann

**e) Anzug betreffend Massnahmen gegen das Falschparkieren und für mehr Verkehrssicherheit und Attraktivität auf dem "Boulevard Güterstrasse"**

09.5066.01
------------

Mit der Eröffnung des Boulevards Güterstrasse im August 2008 war die Hoffnung verbunden, dass die verschiedenen VerkehrsteilnehmerInnen ein lebendiges und rücksichtsvolles Nebeneinander pflegen können. Sowohl für den motorisierten Verkehr, als auch für VelofahrerInnen und FussgängerInnen sollte der Boulevard ein urbaner Ort der Begegnung werden.

Doch es kam anders. Seit der Fertigstellung und Einrichtung des Boulevards parkieren täglich Dutzende Autos "wild" auf den stark verbreiterten Trottoirs (dieses Problem kann man bei allen verbreiterten Trottoirs, wie z.B. Clarastrasse feststellen). Beim Ein- und Ausparkieren gefährden sie FussgängerInnen und VelofahrerInnen. Dadurch wird die Attraktivität des "Boulevards" als Flaniermeile stark eingeschränkt. Darunter leiden in zunehmendem Masse alle QuartierbewohnerInnen des Gundeldinger Quartiers - ob KonsumentInnen, Gewerbetreibende oder SpaziergängerInnen. Sie alle sind mit dem jetzigen Zustand unzufrieden und wünschen eine Veränderung.

Nebst dem Problem des Parkierens bestehen auch Sicherheitsprobleme bei den Fussgängern, den Velofahrenden und Trambenützern.

Die Unattraktivität des Boulevards ist auch damit zu erklären, dass initiative Projekte (wie Güterart) bei der Verwaltungsseite keine Chance hatten oder weil die Gebühren für Strassencafés gleich hoch sind wie in der Innenstadt.

Daher bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob es nicht notwendig und für die Situation entlastend wäre, das Falschparkieren am "Boulevard Güterstrasse" durch geeignete bauliche Massnahmen (Parkierhindernisse) zu verunmöglichen oder zumindest stark zu erschweren und einzuschränken
- ob das Aufstellen von Parkierhindernissen für eine weitere "Begrünung" der Güterstrasse genutzt werden könnte, falls der Regierungsrat zur Einschätzung gelangt, dass das Aufstellen von Parkierhindernissen am "Boulevard Güterstrasse" notwendig ist
- ob LadenbesitzerInnen und Gewerbetreibende trotz Parkierhindernissen die Möglichkeit erhalten sollen, für Anlieferungen morgens kurz auf dem Trottoir parkieren zu dürfen
- ob für motorisierte Kunden und Kundinnen weitere gebührenpflichtige Kurzzeitparkplätze markiert werden können
- ob in Zusammenarbeit mit dem Quartier (Quartierkoordination und/oder Begleitgruppe Güterstrasse) tragfähige Projekte ausgearbeitet und umgesetzt werden können, die zu einer Belebung des Boulevards beitragen
- ob die alte Forderung nach abgestuften Allmendgebühren für Boulevardcafés (Festlegung nach Attraktivität und Lage) beim Boulevard Güterstrasse zu Anwendung gebracht wer kann.

Mustafa Atici, Jörg Vitelli, Dominique König-Lüdin, Anita Heer, Sibylle Benz Hübner, Mehmet Turan, Philippe Pierre Macherel, Michael Wüthrich, Elisabeth Ackermann, Patrizia Bernasconi, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Stephan Luethi-Brüderlin

**f) Anzug betreffend Erstellung eines Solarkatasters**

09.5068.01

Solartechnik (Sonnenwärmeenergie und Photovoltaik) gewinnt in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung. Sowohl im grossen als auch im kleineren Umfang kann diese Technik sinnvoll genutzt werden. Solche Techniken kommen in einer Stadt hauptsächlich auf Dächern zur Anwendung. Dabei sind mehrere Faktoren zu berücksichtigen, ob eine Dachfläche geeignet ist. Unter anderem bestimmen Dachform und -grösse, die Neigung und die Ausrichtung darüber, wie viel Sonnenenergie an einem Standort gewonnen werden kann. Es wäre interessant zu wissen, wie gross dieses Potential an Gewinnung erneuerbarer Energie für die Stadt Basel bedeuten würde und die dadurch gewonnene Einsparung des CO<sub>2</sub> - Ausstosses. Solche Datenerhebungen werden in mehreren Städten in Deutschland durch entsprechende Ämter erhoben und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Die Kosten zur Erstellung eines solchen Katasters für Wiesbaden mit Hilfe einer Methode, die im Rahmen des Forschungsprojektes SUN-AREA

([www.al.fh-osnabrueck.de/sun-area.html](http://www.al.fh-osnabrueck.de/sun-area.html)) entwickelt wurde, belaufen sich auf ca. 55'000 Euro.

Ein Beispiel aus der Broschüre der Sun-Area ist hier auch noch angegeben. Dabei ist man für Osnabrück auf folgende Ergebnisse gekommen:

<b>Das Ergebnis – Solarpotenzial für 70'000 Dächer in Osnabrück</b>			
<i>Eignung</i>	<i>pozentiieller Stromertrag in MWh/a</i>	<i>PV-Modulfläche in m<sup>2</sup></i>	<i>CO<sub>2</sub>-Einsparung in t</i>
sehr gut	65'682	512'529	33'760
gut	171'161	1'405'114	87'977
bedingt	12'288	122'447	6'316
<b>Gesamt</b>	<b>249'131</b>	<b>2'040'091</b>	<b>128'053</b>

Unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen soll ein solches Kataster erstellt werden und im Internet ersichtlich sein. Dann können private Eigentümer das Sonnenenergiepotenzial ihres Hauses oder Grundstücks schnell und kostenfrei ermitteln. Auch Investoren können bei Anfragen gezielt und schnell über geeignete Liegenschaften informiert werden.

Das Kataster soll folgende Informationen enthalten:

- Sonnenenergiepotenzial aller Dächer unter der Betrachtung von Photovoltaik und Solarthermie (sehr gut; gut; bedingt; ungeeignet)
- CO<sub>2</sub>-Einsparung
- Kennzeichnung der Denkmäler, Stadt- und Dorfbildschutzzonen

Die Unterzeichneten bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob sie bereit ist, ein solches Kataster zu erstellen und welchen Nutzen man daraus ziehen kann zur schnelleren und gezielteren Förderung von Solartechnikanlagen.

Remo Gallacchi, André Weissen, Oswald Inglin, Stephan Gassmann, Markus Lehmann, Helen Schai-Zigerlig, Rolf von Aarburg, Lukas Engelberger, Loretta Müller, Mirjam Ballmer, Sibel Arslan, Emmanuel Ullmann, Guido Vogel, Patricia von Falkenstein, Michael Wüthrich, Thomas Grossenbacher, Heidi Mück, Heinrich Ueberwasser, David Wüest-Rudin, Martina Bernasconi, Aeneas Wanner, Dieter Werthemann, Bülent Pekerman, Roland Vögli

**g) Anzug betreffend Einführung eines Alarmsystems bei Kindsentführungen auf kantonaler und nationaler Ebene**

09.5073.01

In den vergangenen Tagen, nicht zuletzt aufgrund des schrecklichen Entführungs- und Tötungsdelikts Lucie Trezzini, wurde auf nationaler Ebene der Ruf der Einführung eines Alarmsystems bei Kindsentführungen mittels SMS, Radio, TV, Autobahnsignalen etc. laut. Die diesbezüglichen Forderungen wurden vom Bundesrat zwar grundsätzlich als legitim erachtet, er verweist jedoch in seinen Antworten schon seit 2007 auf die Kantone.

Im Klartext bedeutet dies, dass in erster Linie die Kantone und namentlich auch die Kantonale Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz KKJPD für dieses Anliegen verantwortlich ist.

Die Brisanz und Tragik solcher Fälle lässt aus Sicht des Anzugsstellenden jedoch keine allzu lange Bearbeitungs- und Beratungsfristen zu. Es ist unabdingbar, dass nun rasch Massnahmen beschlossen und umgesetzt werden, welche inskünftig – und wenn auch nur ganz geringfügig – eine Verbesserung in den Alarmierungssystemen vorsieht.

Daher bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob seitens Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt beim Bund für die Einführung eines solchen Alarmsystems interveniert werden kann

- ob seitens der baselstädtischen Behörden allfällig eine Lösung zu Handen des Bundesrates und/oder des Kantonsparlaments zur Einführung eines solchen Systems erarbeitet werden kann
- ob allenfalls der Kanton Basel-Stadt relativ zeitnah einen ersten Schritt für ein solches Alarmierungssystem implementieren kann (beispielsweise SMS-Alarm, analog dem Abstimmungsergebnisservice der Staatskanzlei)
- ob weitere Massnahmen seitens des Kantons getroffen werden könnten, um ein solches Projekt voranzutreiben

Andreas Ungricht, Oskar Herzig, Roland Lindner, Rudolf Vogel, Eduard Rutschmann, Peter Bochsler, Annemarie Pfeifer, Markus Lehmann, Christophe Haller, Alexander Gröflin, Felix Meier, Dieter Werthemann, Ursula Kissling-Rebholz, Sebastian Frehner, Samuel Wyss, Bruno Jagher

#### h) Anzug betreffend Verlängerung Ost-West-Piste Euroairport

09.5092.01
------------

Die Flugbewegungen am Euroairport beschränken sich beim Abflug zu 94.5% und beim Anflug zu 98,3% (Stand 2006) auf die Nord-Süd-Piste. Mit einer Pistenlänge von 3'900 Metern gehört die Nord-Süd-Piste mit zu den längsten zivil genutzten Pisten in Europa. Während im Norden des Flughafens der Anflug bis auf die Höhe von Mülhausen über bewaldetes Gebiet erfolgt, liegt im Süden des Flughafens die Agglomeration Basel. Von den Flugbewegungen besonders betroffen sind das Elsass, die einwohnerstärksten Gebiete des Kantons Basel-Landschaft und mehrere Quartiere der Stadt Basel.

Die West-Ost-Piste wird beim Abflug gerade einmal von 6.5% und beim Anflug von 1.7% der Flugbewegungen benutzt. Die Pistenlänge von derzeit 1'800 Metern ist für den heutigen Flottenmix am Flughafen zu kurz. Im Osten des Euroairports liegt die Gemeinde St. Louis. Im Westen des Flughafens liegen jedoch gar keine bis kaum bewohnte Gebiete.

In einer Antwort der Regierung BL auf eine schriftliche Anfrage von Siro Imber/FDP wird festgehalten, dass im Rahmen des Ausbauvorhabens des EAP der Jahre 1999 - 2005 die Ost-West-Piste um 220m verlängert wurde. Dies in der Absicht, dass zukünftig 20-25% der Starts über diese Piste abgewickelt werden können. In den Umweltauflagen wird denn auch als Forderung festgehalten, dass die Starts namhaft auf diese Piste verlagert werden sollen. Durch die Änderung des Flottenmixes in den letzten Jahren (deutlich mehr grössere Flugzeuge) ist die Umsetzung dieser Forderung nicht möglich, da für viele Flugzeugtypen die Piste eine Mindestlänge von 2'400m aufweisen muss.

Würde die Ost-West-Piste um rund 600 Meter auf 2'400 Meter verlängert, würde also für den innereuropäischen Flugverkehr ein vollwertiger Ersatz für An- und Abflüge aus dem Westen bzw. in den Westen zur Verfügung stehen.

Gemäss der Antwort der Regierung BL bestehen zwei Hindernisse für eine Verlängerung der Ost-West-Piste auf 2'400m:

1. bestehende Infrastruktur-Sachpläne
2. lokale Topographie (20-25m hohe Hügel)

Wird der Flughafen in seiner Bedeutung und Entwicklung nicht behindert, sondern gestärkt, werden namhafte französische Gebiete südlich des Flughafens von den Flugbewegungen entlastet und besteht eine entsprechender Kostenbeteiligung durch die schweizerischen Behörden, besteht sicherlich genügend politische Bereitschaft, die nötigen Infrastruktur-Sachpläne anzupassen.

Die Hügel erweisen sich bei genauer topographischer Betrachtung als eine Seitenflanke der Erhebungen um den Liesbach. Die Flanke liegt ca. 20 - 25 Meter über Pistenniveau. Durch Ausnutzung des natürlichen Bachbettes und technisch wenig anspruchsvolle Erdabtragungen mit einem Volumen von ca. 10'000 - 30'000 m<sup>3</sup> liesse sich eine sichere An- und Abflugsschneise schaffen, die allen flugtechnischen Anforderungen entspricht. Die Kosten für einen Erdabtrag in dieser Grössenordnung werden sich im Gesamtkostenbild in einem vertretbaren Rahmen bewegen.

Die Gesamtkosten für eine solche Pistenverlängerung werden seitens der Regierung BL auf rund CHF 20'000'000 geschätzt.

Mit einer Verlängerung liesse sich also die Ost-West-Piste intensiver nutzen. Die Bevölkerung des Elsass, des Baselbiets und der Stadt Basel südlich des Flughafens könnten massgeblich vom Fluglärm entlastet werden, ohne den Flughafen in seiner Bedeutung und Entwicklung zu behindern.

Wir bitten deshalb Regierungsrat zu prüfen und berichten,

- ob eine Verlängerung der Ost-West-Piste realisierbar ist
- und ob Anreizsysteme zur Benutzung der Ost-West-Piste für Abflüge in den Westen und Anflüge aus dem Westen geschaffen werden können.

Ein ähnlich lautender Vorstoss wurde im Kanton Basel-Landschaft eingereicht.

Urs Schweizer, Christoph Wydler, Stephan Gassmann, Beat Jans, Andreas Burckhardt, David Wüest-Rudin, Roland Vöggtli, Giovanni Nanni, Bruno Jagher, Daniel Stolz, Tobit Schäfer

## Interpellationen

**a) Interpellation Nr. 10 betreffend Isolierung und Beheizung der Dreirosen-Halle**

09.5067.01

Pro Öffnungstag hat die Freizeithalle Dreirosen durchschnittlich 250 Besucher und Besucherinnen. Seit die Dreirosen-Halle geöffnet ist, haben bereits 100'000 Besucher die Halle besucht. Obwohl die Halle für Kinder, Jugendliche und für deren Eltern als Mehrzweckhalle konzipiert ist, hat man ein Energie-Konzept vernachlässigt und die Halle merkwürdigerweise nicht isoliert, deshalb kann auch nicht richtig geheizt werden. Im Winter herrschen in der Spielhalle mit 10° Celsius sehr kalte Raumtemperaturen. Das ist die Hälfte einer als normal erachteten Raumtemperatur.

Wir finden das für unsere Kinder und für einen Familientreffpunkt nicht zumutbar. Deshalb hätten wir von der Regierung gerne eine Lösung, um bauliche und energiemässige Verbesserungen an der Halle zu unternehmen.

Ich erlaube mir folgende Fragen an die Regierung:

1. Warum wurde die Halle nicht isoliert?
2. Besteht ein Energiekonzept für die Halle? Wenn ja, welches?
3. Hält die Regierung eine Raumtemperatur um die 10 Grad Celsius für akzeptabel?
4. Besteht ein Plan für die Isolation und Beheizung der Halle? Wenn ja, wann wird dieser Plan umgesetzt?
5. Liegt ein Budgetplan vor?

Atilla Toptas

**b) Interpellation Nr. 11 betreffend Zahlungen an Krankenversicherer für Prämienausstände und nicht bezahlte Kostenbeteiligungen durch den Kanton**

09.5074.01

Laut Antwort des Regierungsrats auf die Schriftliche Anfrage von Martina Saner betreffend "Kantonsbeiträge an Krankenkassen zur Sicherung der medizinischen Dienstleistungen für Versicherte mit säumigen Prämienzahlungen - Vorschlag für eine günstigere Lösung mit besserer Wirkung" (08.5318.02) betragen die 2007 vom Kanton erbrachten Geldleistungen an die Krankenversicherer für Prämienausstände und nicht bezahlte Kostenbeteiligungen CHF 7.4 Millionen. Die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Frau Saner lässt noch einige Fragen offen, weshalb ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen bitte:

1. Wie hoch ist die Zahl der Versicherten für die der Kanton Prämienausstände und nicht bezahlte Kostenbeteiligungen übernehmen muss?  
Falls dazu keine Zahlen vorliegen, weshalb erhebt man diese nicht?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die immense Summe von CHF 7,4 Millionen ein?
3. Laut Homepage des Amtes für Sozialbeiträge erhalten im Kanton rund 30'000 Personen Prämienverbilligungen. Bei einer horrenden Summe von CHF 7,4 Millionen für das Jahr 2007 muss angenommen werden, dass über die Personen hinaus, die Prämienzuschüsse erhalten, , hunderte von Personen in Basel regelmässig keine Krankenkassenprämien bezahlen. Wie qualifiziert die Regierung diesen Sachverhalt?
4. Ist bei dieser horrenden Summe nicht ein eigentlicher Systemfehler vorhanden?
5. Wie wissen die zuständigen Stellen im Einzelfall, ob die betroffenen Personen tatsächlich nicht in der Lage sind, die Prämien zu bezahlen?
6. Ist für den Fall, dass jemand Sozialhilfeleistungen bekommt, die Zahlung der Krankenkassenprämien sichergestellt? Oder ist es möglich, dass jemand Sozialhilfeleistungen (u.a. anderem auch für die Bezahlung von Krankenkassenprämien) erhält, dann aber in der Folge seine Krankenkassenprämien nicht bezahlt?
7. Anscheinend richten staatliche und private Unterstützungsinstitutionen ein besonderes Augenmerk auf die Bezahlung der Krankenkassenprämien. Weshalb gibt es im Kanton dennoch hunderte von Personen, die ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommen?
8. Besteht in unserem Kanton keine Eigenverantwortung für Personen, die ihre Krankenkasse nicht bezahlen?  
Falls dies nicht der Fall ist, was tut die Regierung um die Eigenverantwortung bei diesem Thema zu fördern?
9. Welche Position nimmt die Regierung bezüglich der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der Gesundheitsdirektorenkonferenz und den Krankenkassen ein?

10. Wie sieht die sich zwischen der Gesundheitsdirektorenkonferenz und den Krankenkassen abzeichnende Lösung aus? Welches sind die finanziellen Konsequenzen für unseren Kanton für die nächsten Jahre?

Sebastian Frehner

**c) Interpellation Nr. 12 betreffend Einsatzgruppe Tigris der Bundeskriminalpolizei –  
Fragen zur Situation im Kanton Basel-Stadt**

09.5078.01

Diverse Medien<sup>1</sup> berichteten in den vergangenen Tagen über die Existenz einer Einsatzgruppe der Bundeskriminalpolizei mit dem Namen "Tigris". Die Einsatzgruppe habe ihren Stützpunkt in den Militäranlagen Worblaufen im Kanton Bern und bestehe aus 14 Personen.

Über die Aufgaben von "Tigris" herrscht weiterhin Unklarheit. Einerseits wird erwähnt, dass es sich um Einsätze mit erhöhter Gefährdung und um Zielfahndungen handle<sup>2</sup>. Andererseits sei die Sondereinheit für „allgemeine Vorermittlungen“, „erste Massnahmen“ und „Zielfahndungen“ zuständig<sup>3</sup>.

"Tigris" habe bisher rund 130 Einsätze geleistet und dabei mit 21 Kantonen zusammengearbeitet, wird der Chef der Bundeskriminalpolizei in der BAZ zitiert.

Bei "Tigris" handelt es sich um eine Angelegenheit des Bundes. Da aber sicherheitspolizeiliche Arbeit eine kantonale Aufgabe ist, ergeben sich daraus folgende Fragen:

1. Wusste die Regierung von der Existenz von "Tigris"?  
Wenn nein, wieso nicht?  
Wenn ja, von wem und in welcher Form wurde sie informiert?
2. Wer im Kanton hatte sonst noch Kenntnis von "Tigris"?
3. Waren die konkreten Aufgaben und die Personenstärke dem Departementvorsteher bekannt?  
Wenn nein, sind die Aufgaben heute bekannt und wie lauten sie konkret?
4. Wie viele Einsätze von "Tigris" gab es auf Kantonsgebiet?
5. Wann und zu welchem Zweck fanden sie statt?
6. Handelte es sich dabei um kriminalpolizeiliche Einsätze oder agierte "Tigris" als Interventionseinheit?
7. Hatte der Kanton um den Einsatz von "Tigris" gebeten?
8. Welche Befugnisse hat der Departementvorsteher im Falle eines Einsatzes von "Tigris"?
9. Wem ist "Tigris" bei einem Einsatz auf Kantonsgebiet unterstellt?
10. Welche Kosten sind dem Kanton im Zusammenhang mit Einsätzen von "Tigris" entstanden?
11. Wird die kantonale Polizeihochheit durch Einsätze von "Tigris" auf dem Kantonsgebiet missachtet?  
Was ist die grundsätzliche Haltung der Regierung zu diesem Punkt?

<sup>1</sup> Weltwoche 12.3.09, 19.3.09; TA 22.3.09; NZZ online 22.3.09; BAZ 25.3.09

<sup>2</sup> Weltwoche 12.3.09

<sup>3</sup> Weltwoche 19.3.09

Brigitte Hollinger

**d) Interpellation Nr. 13 betreffend Areal Volta-Ost: Was passiert mit den Häusern  
an der Wasserstrasse 31-39?**

09.5080.01

Die BewohnerInnen der Häuser an der Wasserstrasse 31-39 werden durch widersprüchliche und fehlende Kommunikation der Verwaltung im Unklaren gelassen, was mit den von ihnen legal bewohnten Liegenschaften in Zukunft geschieht. Es ist darüber hinaus aus sozialpolitischer Sicht bedenklich, dass seitens der Verwaltung bislang keine sichtbaren Schritte unternommen worden sind, den günstigen Wohnraum an der Wasserstrasse zu erhalten. Anstatt in diese Wohnungen zu investieren, stehen frei werdende Wohnungen leer oder werden als Lagerhalle genutzt. Die BewohnerInnen der genannten Liegenschaften an der Wasserstrasse wurden bislang über die Vorhaben des Kantons ungenügend informiert und in keinster Weise in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen.

Gemäss dem Jahresbericht 2008 der "Immobilien Basel" ist Volta Ost das letzte zusammenhängende Areal, das im Entwicklungsgebiet Pro Volta liegt. Das Areal ist zu einem grossen Teil im Eigentum des Kantons Basel-Stadt. Mit

dem Kauf der Liegenschaft Elsässerstrasse 56 per 01. 02.2009 und dem Einbezug in die Entwicklung stehe laut Immobilien Basel einer künftigen einheitlichen Entwicklung dieses Gebiets nichts mehr im Wege. (Jahresbericht S.8)

In den Häusern der Wasserstrasse 31-39 leben vorwiegend junge Leute mit regulären Mietverhältnissen. Menschen, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind. Die Häuser sind jedoch in einem unhaltbaren Zustand, da über Jahre nichts mehr investiert worden ist. Die betroffenen BewohnerInnen, die in den letzten Jahren in diesem Geviert durch den Bau der Nordtangente viel an verminderten Lebensqualitäten in Kauf nehmen mussten, wurden bis heute nicht bei den weiteren Planungen einbezogen oder über das Vorgehen der Verwaltung informiert.

In Basel ist es leider rechtlich zulässig, Häuser leer stehen zu lassen. Indem die frei werdenden Wohnungen leer stehen gelassen werden, wird das Bekenntnis zur Schaffung von billigem Wohnraum aber in keinster Weise eingelöst. Auf mehrmaliges Nachfragen bei der Immobilien Basel, weshalb in diese Wohnungen nicht mehr investiert wird, antwortete Immobilien Basel am 25.06.2008:

„Wir rufen Ihnen in Erinnerung, dass sie in den Liegenschaften 31-39 ausserordentlich günstig wohnen.... Das Quartier befindet sich in einem grossen Umbruch, der die Eigentümerschaft veranlasst hat, nur bei gefährdeter Sicherheit zu investieren.“

Die Irritation für die BewohnerInnen an der Wasserstrasse war perfekt, als sie aus einer Antwort von Guy Morin am 08.07.2008 auf die Schriftliche Anfrage von Andreas Ungricht betreffend Pausenplatz des Voltaschulhauses folgende Aussage entnahmen:

"Geplant ist der Abriss des letzten Häuserblocks an der Wasserstrasse, welcher den Pausenplatz nördlich abschliesst, und der Ersatz durch einen Neubau, welcher bis an die Voltastrasse reicht..."

Die BewohnerInnen wandten sich darauf mit einem Schreiben an Regierungsrätin Barbara Schneider und wollten wissen, wie das weitere Vorgehen sei. Regierungsrätin Barbara Schneider schrieb in einem Brief am 20.8.08

"Wir sehen vor, noch in dieser Legislatur über das Geviert ein Behördenverbindliches Leitkonzept zu verabschieden und in diesem Zusammenhang näher über das Potential und die Entwicklungsabsichten des Gebietes Volta Ost zu berichten..."

Bis heute warten die BewohnerInnen auf weitere Informationen, was mit ihnen und den Häusern geschehen soll.

Unter diesem Aspekt bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was beabsichtigt Immobilien Basel mit den Häusern an der Wasserstrasse 31-39 und wie kommunizieren sie mit den in regulären Mietverhältnissen lebenden BewohnerInnen?
2. Wie werden die BewohnerInnen von Volta Ost, in den Entwicklungsprozess mit einbezogen, welche Mitbestimmung haben diese Menschen?
3. Wie wird das Quartier bzw. das Stadtteilsekretariat Volta Ost in diesen Prozess einbezogen? Wie sieht das Mitwirkungsverfahren aus?
4. Weshalb werden die leer stehenden Wohnungen trotz Nachfrage nicht mehr vermietet oder ausgeschrieben?
5. Wie sieht die Umsetzung des Behördenverbindlichen Leitkonzepts bezüglich Volta Ost konkret aus und welchen Nutzen hat die bestehende Bevölkerung?
6. Welcher Zusammenhang besteht zwischen den Entwicklungen im Campus Novartis und dem Areal Volta Ost?
7. Was gedenkt der Kanton zu tun um der Forderung nach billigem Wohnraum für alle zu erfüllen? Hausbesetzungen sind zwar illegal, sie können jedoch eine Antwort auf fehlende Alternativen verwendet werden.

Ruth Widmer

**e) Dringliche Interpellation Nr. 14 betreffend Erhaltung des Gemeindespitals Riehen**

09.5081.01

Völlig unerwartet wurde vom Gemeinderat die Schliessung des Gemeindespitals bekannt gegeben. Die EVP bedauert diesen Schritt ausserordentlich, hat sie sich doch immer entschieden hinter eine Weiterführung dieser wichtigen sozialen Institution gestellt. Diese Entscheidung ist von weitreichender Bedeutung, muss die Rieher Bevölkerung doch eine verminderte Qualität in der medizinischen Grundversorgung hinnehmen. Ausserdem gehen viele Arbeitsplätze in Riehen verloren.

Das Gemeindespital Riehen war über 100 Jahre ein Teil der kantonalen Gesundheitsversorgung und Riehen hat damit jahrelang einen Beitrag zur kantonalen Spitalversorgung geleistet. Von der Schliessung ist deshalb auch die kantonale Spitalplanung betroffen.

Die Notfallstation im Universitätsspital läuft am oberen Rand ihrer Kapazitäten und auch das Universitätsspital scheint gut ausgelastet. Die kantonale Spitalplanung ist mit beeinträchtigt, muss sie doch die „billigen“ Riehener Betten mit teureren im Universitätsspital ersetzen. Es ist für mich deshalb nicht begreiflich, dass der Kanton sich nicht als Partner zur Erhaltung des Gemeindespitals angeboten hat und auch die finanzielle Trägerschaft für die medizinische Grundversorgung übernommen hat.

Dies veranlasst mich zu den folgenden Fragen:

#### **Kantonaler Beitrag zur Erhaltung des Gemeindespitals**

Seit Jahren hält sich der Kanton mit der Unterstützung des Gemeindespitals vornehm zurück und gewährt keinerlei finanzielle Unterstützung für den rund 50%igen Anteil an die Kosten, die schweizweit von den Kantonen getragen werden. Damit wurde letztlich das Ende des Gemeindespitals vorprogrammiert. Ausserdem wurde das Gemeindespital letztlich schlechter behandelt als die Basler Privatspitäler, denn diese erhalten ein vom Kanton finanziertes Kontingent von Pflegetagen.

- Weshalb hat der Kanton das Gemeindespital schon seit Jahren von der kantonalen Spitalplanung gestrichen? Weshalb hat der Kanton sich nicht aktiv um die Erhaltung der medizinischen Grundversorgung durch das Gemeindespital bemüht? Die Riehener Bevölkerung bezahlt schliesslich auch kantonale Steuern. Der Kanton hätte dem Gemeindespital beispielsweise auch ein subventioniertes Kontingent an Pflegetagen anbieten können, wie den Privatspitälern. Die stationäre Versorgung der Bevölkerung mit grundmedizinischen Leistungen ist letztlich Aufgabe des Kantons und übersteigt die Möglichkeiten einer Gemeinde mit 20'000 Einwohnern deutlich.
- Ist der Regierungsrat bereit, sich aktiv und schnell um den Erhalt des Gemeindespitals mit dem Angebot einer Grundversorgung für die Bevölkerung zu bemühen und es allenfalls als Filiale des Universitätsspitals zu betreiben, mit allen finanziellen Konsequenzen? Besonders für die betagte Bevölkerungsgruppe bietet das Gemeindespital einen unverzichtbaren Service.

#### **Sicherung der medizinischen Grundversorgung**

Riehen hat zurzeit eher einen Mangel an Hausärzten. Deshalb war gerade das Ambulatorium eine wichtige Ergänzung.

- Was gedenkt der Kanton zu tun, um in Riehen die grundmedizinische Versorgung sicher zu stellen?

#### **Sicherung der notfallmedizinischen Versorgung in Riehen und Basel**

Die Notfallstation in Basel ist schon jetzt an den Grenzen ihrer Kapazität. Es macht deshalb auch für den Kanton durchaus Sinn, wenn Riehen weiter ein Ambulatorium führt.

- In welchem finanziellen Rahmen wird sich der Kanton dafür einsetzen?
- Wäre es nicht sinnvoller, Spital und Ambulatorium zu erhalten, anstatt die Notfallstation am Unispital oder anderswo auszubauen?

#### **Zugang zu Privatspitälern für allgemein Versicherte**

Der Zugang zu Privatspitälern ist in BS für allgemein Versicherte erschwert, da der Kanton diesen Spitälern nur eine bestimmte Anzahl von Pflegetagen subventioniert. Für die Riehener Bevölkerung wäre das Claraspital im Falle einer Schliessung des Gemeindespitals die neue nahe gelegene Anlaufstelle.

- Ist der Kanton bereit, die Kontingente für die Privatspitäler den neuen Gegebenheiten anzupassen?

Annemarie Pfeifer

#### **f) Interpellation Nr. 15 betreffend Schliessung des Gemeindespitals Riehen: Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung im Kanton Basel-Stadt**

09.5082.01
------------

Die Schliessung des Gemeindespitals Riehen und die Art der Bekanntmachung dieses Schrittes haben betroffen gemacht. Bisher wurde vom Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt die Meinung vertreten, dass der Betrieb dieses Spitals ausschliesslich eine Angelegenheit der Gemeinde Riehen sei. Der ärztliche Leiter der Notfallstation am Universitätsspital Basel, Prof. Bingisser, erwartet als Folge der Schliessung des Gemeindespitals Riehen Engpässe bei der Notfallversorgung im Kanton Basel-Stadt (Basler Zeitung vom 4.4.2009).

Ich bitte in diesem Zusammenhang die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. War die Regierung über den bevorstehenden Entscheid, das Gemeindespital Riehen zu schliessen, informiert?
2. Welche Konsequenzen hat die Schliessung des Gemeindespitals Riehen für die Notfallversorgung der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt, insbesondere für die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden Riehen und Bettingen?

3. Welche Massnahmen werden ergriffen, die drohenden Engpässe auf der Notfallstation des Universitätsspitals Basel zu verhindern?
4. Wie erklärt die Regierung, dass die Schliessung des Gemeindespitals Riehen Folgen für die Gesundheitsversorgung des gesamten Kantons haben wird, nachdem über Jahre immer wieder festgehalten worden war, dass der Betrieb dieses Spitals ausschliesslich Sache der Gemeinde Riehen und das Angebot an sich verzichtbar sei?

Philippe Pierre Macherel

**g) Interpellation Nr. 16 zu den Defiziten des „kooperativen Föderalismus“**

09.5090.01

Früher wurden gesamtschweizerische Anliegen mittels Bundesgesetzgebung geregelt. In den letzten Jahren ist eine für die Zukunft folgenschwere Unsitte eingetreten: Die Legiferierung auf Quasi-Bundesniveau durch unzählige Konkordate. Ein neu eingeführter Artikel der Bundesverfassung erlaubt gar deren Allgemeinverbindlicherklärung.

Grosse Kantone bestimmen in den Vorständen der jeweiligen Direktorenkonferenzen, was schweizweit zu gelten hat, und kein demokratisch gewähltes Parlament kann materielle Änderungen an diesen Vorlagen mehr vornehmen. Dass die Bevölkerung einer solchen Gesetzgebung ohne Volk kritisch gegenüber steht, haben die HarmoS-Abstimmungen in verschiedenen Kantonen bewiesen. Zudem verursacht dieser „kooperative Föderalismus“ erhebliche Kosten, im Kanton Aargau betragen allein die fixen Beiträge knapp CHF 2'000'000 pro Jahr.

Aus diesem Grund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zum Umstand, dass mit der zunehmenden Bedeutung der KdK sowie der Fachdirektorenkonferenz vermehrt durch Exekutivvertreter legiferiert wird, was bedeutet, dass die Gesetze materiell nicht mehr von demokratisch gewählten Parlamentariern/innen in den Kantonen oder auf Bundesebene ausgearbeitet werden können? Wie stellt sich der Regierungsrat zu einer solchen Gesetzgebung ohne Mitsprache von Parlament und Volk ?
2. Wie steht der Regierungsrat zur im Bundesparlament beantragten Streichung von Art. 48/1 der Bundesverfassung, welcher die Allgemeinverbindlicherklärung von Konkordaten gegen den Willen von kantonalen Volksentscheiden möglich macht?
3. Wie hoch waren die Mitgliederbeiträge des Kantons Basel-Stadt an die KdK, sowie den vielen einzelnen Konferenzen wie der FDK, EDK, GDK etc. inkl. den Projekten, sowie die Beiträge an das Haus der Kantone für das Jahr 2008 (Anzahl Personal und Betrag)?
4. Wie sieht der Regierungsrat die Zukunft des „kooperativen Föderalismus“? Soll er weiter verstärkt werden, oder muss die Zusammenarbeit der Fachdirektorenkonferenzen eher kritischer hinterfragt werden?

Andreas Ungricht

**h) Interpellation Nr. 17 betreffend Bekanntgabe des Defizits der Kaserne Basel 2008 und neuen Konzepten für eine erfolgreiche Kaserne Basel**

09.5091.01

Am 7. April 2009 gab die Leitung der Kaserne Basel einen Verlust für das Rechnungsjahr 2008 von über CHF 300'000 bekannt. Leider sind mit diesen Mehrkosten keine zusätzlichen Kulturnutzen erkennbar. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern das heutige Kasernenkonzept Erfolg verspricht und ob die Ressourcen effizient genug eingesetzt werden.

Ich möchte daher von der Regierung wissen, wie sie den Weg für eine erfolgreiche Kaserne Basel ebnen will und welche Schritte geplant werden. Denn die Kaserne sollte unbedingt ein wichtiger Kulturstandort Basels sein und bleiben, mit regionaler Ausstrahlung.

Ich bitte daher die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie können allfällige zusätzliche Kosten und weitere Defizite der Kaserne Basel in Zukunft verhindert werden?
2. Welches Modell führt nach Ansicht des Regierungsrates zu mehr Effizienz in der Kaserne Basel?
3. Ist die Vereinsstruktur, nach welcher die Kaserne heute geführt ist, nach wie vor sinnvoll?
4. Die Grünliberale Partei schlägt vor, die Kaserne entweder mit klarem Profil und Konzept der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements zu unterstellen oder eine private Organisation/Gruppe mit klaren Kulturaufgaben



zu beauftragen. Subventionszahlungen sollen weiter geleistet werden, jedoch ohne Defizitdeckung. Ich möchte wissen, inwiefern die Regierung den Erfolg in einem dieser Modelle sieht und/oder welche Alternativen allenfalls weiter in Erwägung gezogen werden könnten?

5. Auf welchem Weg kann die Existenz der Kaserne Basel nach Meinung des Regierungsrats weiterhin gewährleistet werden?

Martina Bernasconi

**i) Interpellation Nr. 18 betreffend finanzieller Situation und Wahrnehmung des Bildungsauftrages der Kaserne Basel**

09.5093.01

In der Basler Zeitung war am 8.4.2009 zu lesen, dass die neue Leitung der Kaserne Basel vier Wochen vor der Mitgliederversammlung des Kasernenvereins am 7. Mai eine „alarmierende“ Jahresbilanz präsentieren musste. Knapp CHF 310'000 beträgt offensichtlich der Verlust aus dem Jahre 2008. Die Rücklagen (CHF 50'000) können die Finanzlücke bei Weitem nicht decken. Nach dem Beinahekonkurs und der Konsolidierung vor einigen Jahren sei die Kaserne erneut auf die „Gnade“ der Basler Kantone angewiesen. Michael Koechlin, Verantwortlicher Abt. Kultur meinte: «Das Defizit ist ein klarer Hinweis darauf, dass das bisher gültige Subventionsmodell nicht mehr funktioniert» und versprach, sich für «deutlich höhere Subventionen» bei den Kantonen einzusetzen.

Die Kaserne scheint durch ihre neue Leiterin Carena Schlewitt wieder an Profil zu gewinnen und betrieblich Tritt zu fassen. Offensichtlich ist der Kasernen-Betrieb aber seit Jahren unterfinanziert und schiebt alte Lasten vor sich her. Ich möchte die Regierung deshalb in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Von der Kaserne wird verlangt, dass sie sich massgeblich über Veranstaltungen finanziert. Gewinne können einerseits über Parties erreicht werden, andererseits über private Partnerschaften. Bei Parties stösst die Kaserne aber sowohl an räumliche als auch an nachbarschaftliche Grenzen. Ist es wirklich Auftrag eines Kulturbetriebes, sich zusätzlich auf das Organisieren von Festern zu spezialisieren?

Gutes Theater muss nicht nur entsprechende Gagen bezahlen, sondern sich auch kritisch zu gesellschaftlichen Fragen äussern können. Letzteres widerspricht oftmals den Vorstellungen von privaten Investoren und Sponsoren. Ist es in der derzeitigen Finanzkrise überhaupt realistisch, solche Engagements von Firmen noch zu erwarten?

Der Kanton selbst meint, dass das Subventionsmodell nicht funktioniere (s. o.). Wie wird das Problem gelöst werden? Gedenkt die Regierung eine Schuldensanierung und eine langfristig angemessene Finanzierung vorzunehmen? Wenn ja, wie und bis wann?

2. Kann die Kaserne unter den heutigen finanziellen Umständen ihren (Bildungs-) Auftrag wahrnehmen? Grundlegend für die Funktion von Kulturbetrieben ist die Programmierung von Kultur-Veranstaltungen. Ohne Geld kann jedoch nicht programmiert werden, es braucht also einen Programmetat. Ist die Regierung der Ansicht, bei der Kaserne könne diese Finanzierung mehrheitlich Privaten und Stiftungen überlassen werden? Welchen Auftrag muss die Kaserne nach Ansicht der Regierung für die Stadt und das Quartier erfüllen können? Wie soll sie diesen finanzieren?
3. Der Kanton ist seit Jahren im Vorstand des Kasernenvereins vertreten. Als grösster Geldgeber spielt er eine zentrale Rolle. Ist diese Verflechtung heute noch sinnvoll?

Brigitta Gerber

**j) Interpellation Nr. 19 betreffend zweckentfremdende Vermietung des Landhof-Areals an die Firma SCOPE durch das Erziehungsdepartement**

09.5094.01

Die Interpellation von Eveline Rommerskirchen vom März 2009 wurde mündlich von Herrn Regierungsrat Christoph Eymann beantwortet. Diese Beantwortung fand zu einem Zeitpunkt statt, zu welchem die Regierung noch davon ausgegangen ist, dass der Vertrag für die Nutzung des Landhof-Areals während der Kunstmesse Art durch die Firma SCOPE rückgängig gemacht werden könne.

Inzwischen haben die juristischen Abklärungen des ED ergeben, dass der Vertrag mit der Firma SCOPE rechtsgültig ist. Die Firma SCOPE wird somit während ca. drei Wochen im Juni 2009 auf dem Landhof-Areal ihr Zelt mit Klimageräten etc. aufstellen können. Der Landhof müsste jedoch der offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterhin, und wie bereits seit sechs Jahren erfolgreich, zur Verfügung stehen.

Daraus ergeben sich zusätzlich folgende Fragen:

1. Wie kann in Zukunft verhindert werden, dass nicht unterschriftsberechtigte Mitarbeitende des ED (Zitat BaZ) Verträge über die Vermietung von Plätzen aushandeln und unterschreiben, die vom gleichen Departement, der gleichen Abteilung (Ressort Jugend und Familienförderung) mit einem Leistungsauftrag an Anbieter der offenen Kinder- und Jugendarbeit gebunden sind?
2. Wie kann das Landhof-Areal oder sonst ein Areal, das nicht im Kontingent der Allmendverwaltung ist und für sportliche Betätigung reserviert ist, ohne Rücksprache mit den Nutzern zweckentfremdet weitervermietet werden?
3. Trifft es zu, dass der Vertrag mit der Firma SCOPE für drei Jahre abgeschlossen wurde? Wenn ja, wie kann wenigstens für die nächsten beiden Jahre verhindert werden, dass das Landhof-Areal fremdvermietet wird, obwohl bereits eine Nutzung durch die Kinder- und Jugendarbeit vorgesehen ist?
4. Der Landhof ist ein wichtiger Mosaikstein im „Bewegungsangebot“ des Kleinbasels. Was kann die Regierung als Ersatz für die fremdgenutzte Zeit in diesem Jahr anbieten?
5. Es besteht nun die Gefahr, dass aus dieser Fremdvermietung ein Präzedenzfall entsteht, wenn weitere Firmen oder Veranstalter Sportanlagen mieten möchten und der Kanton damit zusätzliche Einnahmen generieren kann. Wie kann dies in Zukunft vermieden werden?

Esther Weber Lehner

**k) Interpellation Nr. 20 betreffend bettelnde Personen in Basel-Stadt**

09.5095.01
------------

Betteln kann für Menschen in gewissen Notsituationen notwendig sein. Das Betteln ist eine „an einen beliebigen Fremden gerichtete Bitte um Gewährung eines geldwerten Geschenks unter Behauptung der Bedürftigkeit des Bettelnden selbst, eines nahen Angehörigen oder einer sonst nahe stehenden Person“. Betteln ist aber in Basel-Stadt gemäss Übertretungsstrafgesetz verboten. Ob dies wirklich sinnvoll ist, muss bezweifelt werden. Mit dem Wegfall der Schengen-Aussengrenzen wird nun befürchtet, dass in Basel vermehrt gebettelt wird und die Verwaltung scheint sich nun, gemäss den Aussagen kürzlich in der Basler Zeitung, neue Massnahmen auszudenken, um bettelnde Personen aus dem Raum Basel sogar wegzuweisen.

Daher bitte ich die Regierung, um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele bettelnde Personen wurden in diesem Jahr in Basel-Stadt bereits gebüsst? Und wie hoch fallen diese Bussen durchschnittlich aus?
2. Wurden gegenüber bettelnden Personen bereits Ausgrenzungen gemäss Art. 74 des Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) ausgesprochen?
3. Falls ja: Wie viele solche Ausgrenzung im Raum Basel-Stadt wurden bereits verhängt? Und mit welcher Begründung?
4. Wieso wird die Bettelei von der Regierung als Bedrohung wahrgenommen? Und für wen besteht eine konkrete Bedrohung?
5. Ist die Regierung der Ansicht, dass bettelnde Personen das Stadtbild stören?
6. Erachtet es die Regierung für angemessen, wenn belästigendes Verhalten mit Haft geahndet wird?
7. Wie gefährdet eine bettelnde Person konkret die öffentliche Ordnung und Sicherheit?
8. Ist die Regierung nicht der Meinung, dass eine vernünftige Passantin / ein vernünftiger Passant selbst entscheiden kann, ob er einer bettelnden Person etwas gibt oder nicht?
9. Es gibt heute unzählige Menschen, die ohne sichere Lebensgrundlagen irgendwie überleben müssen. Entspricht es da nicht auch öffentlichen Sicherheitsinteressen, dass ihnen dies gelingt, ohne dass sie hierfür die Rechte anderer Menschen gefährden?
10. Sind Organisationen der bettelnden Bevölkerung wirklich von vornherein negativ zu beurteilen? Muss nicht unterschieden werden, ob sie Ausdruck von gemeinsamer Hilfe oder von Ausbeutung mittelloser Menschen sind?

Tanja Soland

**I) Interpellation Nr. 21 Zukunft des Radio Studio Basel wirklich gesichert?**

09.5096.01

Trotz Beteuerung der Regierung, der Standort Basel von Radio DRS sei gesichert, sind in den Medien wiederholt widersprüchliche Meldungen zu lesen. Erst vor einem Jahr lagen die letzten Reduktionspläne auf dem Tisch. Nun bereits wieder. Einerseits wird von einem neuen Standort in der Stadt gesprochen und andererseits sollen die Regionaljournale auf drei bis vier Standorte zusammen gestrichen werden. Die BewohnerInnen der Region Basel sind GebührenzahlerInnen von Radio DRS und haben Anspruch, auf eine regionalverankerte Berichterstattung. Ebenfalls bekannt ist, dass der langjährige Leiter des Regionaljournals in Pension geht. Auch Ständerätin Anita Fetz äussert sich in den Medien besorgt über die Entwicklung mit der Konzentration auf den Standort Zürich. Ich bitte die Regierung mir auf die folgenden Fragen Antworten zu geben:

1. Wie schätzt die Regierung die aktuelle Entwicklung bei den Regionaljournalen ein? Bleibt die umfassende regionale Information im bisherigen Umfang erhalten?
2. Wird die bisherige Leitungsstelle beim Regionaljournal Basel definitiv oder nur befristet neu besetzt?
3. Wann wird der neue Standort für Radio und Fernsehen DRS in Basel bekannt gegeben?
4. Ist DRS 2 von den aktuellen Diskussionen ebenfalls betroffen?
5. Welche weiteren Abbaupläne werden für Basel diskutiert?
6. Was unternimmt die Regierung, damit der Standort Basel längerfristig gesichert wird?

Urs Müller-Walz

**Schriftliche Anfragen****a) Schriftliche Anfrage betreffend Veloparkplätze beim Elsässertor**

09.5079.01

Obwohl vor nicht allzu langer Zeit sowohl im unterirdischen Veloparking als auch in der Meret-Oppenheimer-strasse zusätzliche Veloparkplätze geschaffen wurden, bleibt die Situation rund um den Bahnhof-SBB prekär. Das Veloparking ist voll. Im bewachten Teil hat es eine lange Warteliste. Dadurch sehen sich viele Velofahrende gezwungen das Velo oberirdisch abzustellen. Beliebte, weil nahe zum Bahnhof, ist der Platz ums Elsässertor. Hier wurden schöne Baumrabbatten geschaffen und dazwischen Veloparkplätze markiert. Statt Ordnung herrscht aber ein regelrechtes Chaos mit kreuz und quer abgestellten Velos und Motos. Vielfach werden die Velos an die Bäume geschlossen um sie so vor Diebstahl zu sichern. Dadurch wird die Baumrinde verletzt und die Bäume nehmen Schaden.

Ich möchte die Regierung anfragen:

- a) Können die empfindlichen Bäume nicht mittels eines Zauns vor den Velos geschützt werden?
- b) Können nicht Veloanlagen aufgestellt werden, wo man sein Velo festbinden kann?
- c) Wäre es möglich zusätzliche Veloparkplätze in der Küchengasse zu schaffen (so wie es früher schon mal der Fall war)?
- d) Könnte nicht nochmals das Thema der teilweisen Nutzung der Einstellhalle unter dem Elsässertor für Velofahrende mit dem Eigentümer geprüft werden?

Brigitte Heilbronner

**b) Schriftliche Anfrage betreffend "neapolitanische Zustände" auf Basels Strassen**

09.5084.01

In den vergangenen Wochen hat die Stadtreinigung in den Quartieren gratis Sperrgut-Abfuhrtage durchgeführt. Diese Aktionen übertrafen offensichtlich die Erwartungen der Verantwortlichen. So wurden gemäss Tiefbauamt bspw. im Gundeli statt der kalkulierten 140 Tonnen 360 Tonnen Abfall entsorgt. Die Zustände erinnerten an Bilder die wir in Europa nur aus Neapel kennen. So waren diverse Trottoirs kaum mehr begehbar und die Abfallberge türmten sich meterhoch in den Strassen.

Es zeigt sich, dass die Gratisaktionen bei den Stadtbewohnern falsch verstanden wurden und auch die mehrsprachigen Hochglanzbroschüren und die Medieninformationen nicht für Aufklärung sorgen konnten. Die

Stadtreinigung büsst nun für die falsche Abfallentsorgungs-Strategie der Regierung. Die übermässige Nutzung der Gratisaktion ist vor allem darauf zurück zu führen, dass die Gebühren für die Entsorgung von Abfall (z.B. Bebbi-Sagg, Vignetten etc.) zu hoch sind.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wird der Regierungsrat auch zukünftig solche Gratisaktionen durchführen?
2. Falls dies der Fall ist, welche Massnahmen will der Regierungsrat ergreifen, um ein «zweites Neapel» zu verhindern?
3. Wie viel haben die Gratisaktionen insgesamt gekostet?
4. Ist der Regierung bekannt, dass die Gratisaktionen auch zu «Müll-Tourismus» geführt haben?
5. Falls ja, wie will der Regierungsrat bei weiteren Gratisentsorgungen diesem Problem entgegen treten?
6. Plant der Regierungsrat aufgrund der bekannten Missstände andere Massnahmen, um dem Problem Herr zu werden (bspw. durch Reduzierung / Abschaffung der Abfallsackgebühren, Vignettengebührenreduktion)?
7. Wäre der Regierungsrat bereit, die Durchführung solcher ausserordentlicher Entsorgungsaktionen inskünftig an Private abzutreten?
8. Befürwortet der Regierungsrat, dass für allfällige weitere Gratissterrtage Personen eingesetzt werden, die an staatlichen Programmen teilnehmen (z.B. Gegenleistungsmodell oder Stadthelfer)?
9. Welche Massnahmen will der Regierungsrat ganz generell treffen, um die Missstände im Abfallwesen (welche ja nicht nur während der Gratisabfuhrtage herrschen) endlich wirkungsvoll in den Griff zu bekommen?

Sebastian Frehner

**c) Schriftliche Anfrage: Gefährdung der Basler Bevölkerung insbesondere Kinder durch unsachgemässe respektive fehlende Entsorgung von gebrauchten Fixerutensilien (Spritzen von Drogenabhängigen)**

09.5085.01

Im Strassengraben, auf Kinderspielplätzen, in Pflanzenrabatten und an anderen Orten der Stadt Basel sind leider immer wieder gebrauchte Drogenspritzen zu finden. Vor allem spielende Kleinkinder, welche die Gefahr einer Drogenspritze nicht erkennen können, sind Verletzungs- und Ansteckungsrisiken ausgesetzt. Bei der Abteilung Sucht wurde mir erklärt, dass die Drogenabhängigen in der Regel keine gebrauchten Spritzen aus den Abgabestellen mitnehmen können. Doch gibt es Personen unter den Drogenabhängigen, die die Abgabestellen wegen schlechten Benehmens oder wegen Randalen nicht mehr betreten dürfen. Im Weiteren dürfen nur in Basel-Stadt wohnhafte Personen die Abgabestellen benützen, um interkantonalen und internationalen Drogentourismus zu verhindern. Leider ist Basel die Drogenumschlagsdrehscheibe der Region und so kommen Ausländer aus dem grenznahen Raum und Drogenabhängige aus anderen Kantonen zu uns, um die gekauften Drogen zu konsumieren und die gebrauchten Spritzen zurück zu lassen. Die Verletzungsgefahr von Passanten, Kindern, Mitarbeitern der Stadtgärtnerei, welche die Pflanzenrabatten säubern und Mitarbeitern der Stadtreinigung/Kehrrichtentsorgung ist gross. Die gebrauchten Spritzen werden durch das „Sprütze-Wäspi“, die Abteilung Sucht und zum Teil durch die Polizei zusammengesammelt. Da jedoch die Abteilung Sucht und die Polizei wegen knapper Ressourcen nur wenig Zeit für diese Aufgabe aufwenden können, liegt die Hauptlast beim „Sprütze-Wäspi“, welches jeweils täglich vormittags unterwegs ist. Oft bleiben Spritzen liegen und stellen eine Gefahr dar, deshalb müssen wir eine Lösung finden. Fragen:

1. Wie viele Kinder haben sich in Basel-Stadt in den letzten 10 Jahren an herumliegenden Spritzen gestochen?
2. Wie viele Personen haben sich gesamthaft in Basel-Stadt in den letzten 10 Jahren an herumliegenden Spritzen verletzt?
3. Wie viele Personen wurden dabei mit einer Krankheit angesteckt?
4. Welche Kosten sind dadurch entstanden? Wer hat diese Kosten übernommen (Versicherung oder Kanton)?
5. Wie viele Spritzen sammelt das „Sprütze-Wäspi“ jährlich zusammen?
6. Wie viel kostet es, dass „Sprütze-Wäspi“ sieben Tage pro Woche den ganzen Tag einzusetzen? Sieht der Regierungsrat darin einen Sinn resp. eine Möglichkeit der Verbesserung (so wie die Abteilung Sucht und ich)?
7. Gemäss Art. 5 Ziff. 1 lit. e des Schengener Grenzkodex ist eine der Voraussetzungen für die Einreise in den Schengenraum, dass eine Person keine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, der inneren Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit und der internationalen Beziehungen eines Mitgliedstaates darstellt. Für die Schweizer Binnengrenze gelten die Einreisevoraussetzungen gem. Art. 5 Ziff. 1 lit. c AuG, wonach eine einreisewillige Person keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der internationalen

Beziehungen der Schweiz darstellen darf. Einem drogenabhängigen Ausländer kann nach diesem Rechtssatz die Einreise in die Schweiz nicht verweigert werden, da es eine unverhältnismässige Massnahme darstellen würde - dies insbesondere bei EU- & EFTA-Bürgern, welche gemäss dem Freizügigkeitsabkommen ein Recht auf Einreise in die Schweiz besitzen. Der Kanton besitzt dagegen die Möglichkeit, Personen gemäss Art. 74 Ziff. 1 lit. a AuG aus dem Kantonsgebiet auszugrenzen, d.h. ihnen zu verbieten, das Kantonsgebiet zu betreten, wenn sie "die öffentliche Ordnung stört oder gefährdet; diese Massnahme dient insbesondere der Bekämpfung des widerrechtlichen Betäubungsmittelhandels...". Wird dies konsequent angewendet und besteht demnach die Möglichkeit, drogensüchtigen Ausländern ohne CH-Aufenthaltsbewilligung, welche anlässlich des öffentlichen Konsums von harten Drogen angetroffen werden, das Betreten des Kantonsgebietes zu verbieten?

8. Weshalb werden ausserkantonale Drogenabhängige nicht mit einer Wegweisung aus Basel-Stadt belegt? Wäre dies möglich?
9. Wird der Regierungsrat etwas gegen diesen Missstand unternehmen?

Samuel Wyss

**d) Schriftliche Anfrage betreffend möglicher Installation von Wildwarnern an wildunfallgefährdeten Strassen im Kantonsgebiet Basel-Stadt**

09.5086.01

Bei Wildunfällen werden in der Schweiz jährlich viele Personen zum Teil erheblich verletzt und leider manchmal auch getötet. Hunderte - wenn nicht gar tausende - Tiere werden getötet oder massiv verletzt. Diese leiden zum Teil Stunden, bis ein Jagdaufseher oder ein Polizist das Tier erlöst.

Es entstehen grosse Sachschäden an Fahrzeugen und an Objekten, welche von dem Wild ausweichenden Fahrzeugen touchiert werden.

Die meisten Wildunfälle ziehen Einsätze der Polizei, der Wildhüter und zum Teil auch der Sanität nach sich, was mit einer Kostenfolge verbunden ist. Wildunfälle mit BVB - Bussen (z.B. auf der Strecke Riehen - Bettingen entlang der Kantonsstrasse) können Kursausfälle verursachen und sorgen für Umtriebe.

In Deutschland wurde ein Gerät entwickelt, welches an den Strassenleitpfosten montiert wird und primär mittels Solarenergie betrieben wird. Kosten pro Gerät ca. CHF 130 bei sehr einfacher Montage. Wild, welches sich in Strassennähe befindet, wird durch das Gerät, welches sich aufgrund des Scheinwerferlichtes eines sich nähernden Fahrzeuges selbständig einschaltet, akustisch gewarnt. Versuche in Deutschland und in Zürich sind durchwegs positiv verlaufen. Es konnten bis zu 90% weniger Wildunfälle gezählt werden.

Anscheinend haben sich in Zürich die Fahrzeugversicherer sehr grosszügig an den Beschaffungs- und den Montagekosten beteiligt. Infos unter: [www.wildwarngeraete.ch](http://www.wildwarngeraete.ch)

Fragen:

1. Wie viele Personen wurden in der Schweiz in den letzten fünf Jahren bei Wildunfällen verletzt und wie viele getötet?
2. Wie viele Wildtiere sind bei Wildunfällen in der Schweiz in den letzten fünf Jahren verletzt oder getötet worden?
3. Wie viele davon im Kanton Basel-Stadt?
4. Wie viel würde die Installation von Wildwarnern an gefährdeten Strecken im Kanton Basel-Stadt kosten?
5. Würden sich in Basel die Fahrzeugversicherer auch an den Kosten beteiligen?
6. Wird die Basler Regierung im Bezug auf Installation von Wildwarnern im Kantonsgebiet etwas unternehmen?

Samuel Wyss

**e) Schriftliche Anfrage betreffend rund ein Viertel der Bewohner der Stadt Basel, welche keine Steuern bezahlen**

09.5087.01

Im Zwischenbericht zur Motion Dr. Beat Schultheiss und Konsorten betreffend der Abfallgrundgebühr schreibt der Regierungsrat unter Punkt 3.1 folgendes:

"... Massgebend hierfür war der Umstand, dass in der Stadt Basel rund ein Viertel aller Einwohnerinnen und Einwohner keine Steuern bezahlt..."

Fragen:

1. Weshalb bezahlen diese Personen keine Steuern (aufgegliedert in % - Rentner, welche nicht über ein genügend grosses Einkommen verfügen / IV-Bezüger/ Sonstige)?
2. Wie viele dieser Personen sind Ausländer?
3. Wie viele dieser Personen sind in den letzten dreissig Jahren eingebürgert worden?
4. Wie viele dieser Personen sind aus anderen Schweizer Kantonen nach Basel gezogen?
5. Wie viele Personen bezahlen in anderen Schweizer Kantonen im Durchschnitt keine Steuern?
6. Wie will der Kanton Basel-Stadt diesen Missstand beheben?

Samuel Wyss

**f) Schriftliche Anfrage betreffend Street View durch die Firma Google**

09.5097.01
------------

Wie der Presse zu entnehmen ist, plant die Firma Google die photographische Aufnahme diverser Städte mit einer 360-Grad-Kamera und einem 3-D-Laserabtaster (sog. Street View). Dabei sollen ganze Strassenzüge erfasst, gespeichert und im Internet veröffentlicht werden. Vorgesehen sind zur Zeit für Aufnahmen in der Schweiz die Städte Bern, Zürich und Genf. Weitere könnten möglicherweise folgen. Erfasste Personen werden nachträglich, nach der Speicherung der Originalaufnahmen, anonymisiert. Dabei werden längst nicht alle aufgenommenen Personen anonymisiert.

Der Schweizerische Datenschützer, Hanspeter Thür, sieht im Vorgehen von Google kein Problem. Unser kantonaler Datenschützer, Beat Rudin, betrachtet die Angelegenheit hingegen als kritisch. Ein nicht namentlich genannter Datenschützer meint, Zitat: "Zeigen Sie mir einen einzigen Fall, wo Thür ein heisses Eisen angepackt hat" Zitat Ende.

Zahlreiche veröffentlichte Aufnahmen zeigen, dass die Anonymisierung von Personen nicht hundertprozentig funktioniert.

Da ganze Strassenzüge in hochauflösenden Aufnahmen im Internet veröffentlicht werden, wird es zudem weltweit für Kriminelle und Terroristen einfach sein, bereits am PC Einbruchs- oder Sabotageobjekte auszukundschaften.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass mit Street View dem Datenschutz der Basler Bevölkerung nicht Rechnung getragen würde?
2. Ist der Regierungsrat bereit, diesbezüglich beim Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten vorstellig zu werden?
3. Teilt der Regierungsrat meine Bedenken, dass mit solchen hochauflösenden Aufnahmen vereinfacht Einbruchobjekte ausgesucht werden können?
4. Wie beurteilt der Staatsschutz solche Veröffentlichungen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, der Firma Google vorsorglich Street View auf dem Gebiet des Kanton Basel-Stadt zu untersagen?

Bruno Jagher

**g) Schriftliche Anfrage betreffend Lichtverschmutzung**

09.5098.01
------------

Auf dem Areal der "Kuppel" wurde während der "Basel World" ein attraktives Angebot für Nachtschwärmer angeboten. Dabei wurde u.a. mittels sehr heller, gegen den Nachthimmel gerichteten Licht- oder Laserstrahlen für dieses Angebot geworben. Der Anfrager beurteilt diese Lichtstrahlen nicht nur als ungeeignet, sondern auch als unnötig bzw. gar schädlich. Es ist nicht anzunehmen, dass Besucher mittels Helikopter anreisen und darum auf eine lichtgestützte Einweisung angewiesen sind. Die Lichtstrahlen werden gar nur von sehr wenigen Besuchern wahrgenommen, brauchen aber unnötig Energie und stören gemäss gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen die Fauna.

Weiter stört eine solche Himmelsbeleuchtung das nächtliche Panorama unserer Stadt.

In den kommenden Sommermonaten ist über unserer Stadt vermehrt mit solchen unnötigen licht- und/oder

lasergesteuerter Luftverschmutzungen zu rechnen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat die Thematik "Lichtverschmutzung" bekannt?
2. Ist der Regierungsrat bereit, seinen Einfluss geltend zu machen, dass in Zukunft solche sinnlosen und schädlichen Aktionen unterbleiben?

Bruno Jagher

**h) Schriftliche Anfrage betreffend Privatgebrauch von Allmend**

09.5099.01

Während der "Basel World" wird auf dem Areal der "Kuppel" ein Angebot für Nachtschwärmer angeboten. Offensichtlich wird der Parkplatz vor dem Zolli gesperrt und steht ausschliesslich Besuchern dieses Angebots zur Verfügung.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Trifft der geschilderte Sachverhalt zu, d.h. wird der sich auf öffentlichem Grund befindende Parkplatz für die Benutzung der Besucher einer privaten Location reserviert?
2. Falls nein: wie ist die Benutzung des genannten Parkplatzes an den Abenden der "Basel World" geregelt?
3. Falls ja: wird die damit gegebene private Nutzung von Allmend entsprechend abgegolten? Wenn ja: wie hoch sind die zu zahlenden Beträge und wie werden sie berechnet? Wenn nein: ist die Regierung bereit, diese stossende Regelung in Zukunft zu beseitigen?

Bruno Jagher

**i) Schriftliche Anfrage betreffend Tauben in Basel**

09.5100.01

Tauben gehören zum Stadtbild von Basel. An gewissen Orten hat es mehr, an Orten anderen weniger Tiere, einige Tauben sind scheu, andere weniger. Teilweise haben sie so wenig Angst vor Menschen und Fahrzeugen, dass es notwendig ist, mit dem Fahrrad abzubremesen oder auszuweichen, will man ein Überfahren der Taube verhindern. Und die Kinder von heute kommen bis auf weniger als einen Meter an die Tauben heran, könnten sie eventuell sogar fangen, während zur Zeit als ich im Alter des Tauben-Jagens war, die Tauben schon davon flogen, wenn wir uns auf einige Meter Distanz genähert haben.

Diese Erfahrungen geben mir das Gefühl, dass sich die Taubenpopulation in den letzten 20 Jahren stark vergrössert hat und sich die Tiere sehr gut an das Leben in der Stadt zusammen mit Menschen gewöhnt haben. In der Antwort auf eine Interpellation (05.8343.02) gab der Regierungsrat im Jahr 2005 an, dass durch verschiedene Massnahmen die Taubenpopulation in Basel auf einem Level von rund 8'000-10'000 Individuen stabilisiert werden konnte. Die ideale Populationsgrösse für Basel betrage aber rund 5'000 Tiere.

Daher gelange ich mit einigen Fragen an die Regierung und bitte um eine Beantwortung.

1. Wie gross ist die Taubenpopulation heute? Wie war die Entwicklung in den letzten Jahren?
2. Welche Massnahmen und Projekte laufen aktuell um die Taubenpopulation zu kontrollieren und einzudämmen?
3. Was wird in anderen Städten mit einer ähnlichen Problematik getan? Gibt es eventuell Projekte in anderen Städten, die auf Basel übertragen werden könnten?
4. Welches sind aktuell die grössten Probleme um die Population stabil zu halten (z.B. Füttern der Tauben, herumliegende Nahrung, zu viele Nistplätze etc)?
5. Gibt es das sehr erfolgreiche Projekt „Basler Taubenaktion“ noch? Wenn ja, wer betreibt es und ist es nach wie vor erfolgreich? Wenn nein, warum nicht und wäre es sinnvoll das Projekt wiederzubeleben?

Loretta Müller

**j) Schriftliche Anfrage betreffend Vergabe von Geschäftskrediten an Frauen bei der BKB**

09.5104.01

Laut italienischen Studien benachteiligen Banken Frauen bei der Vergabe von Geschäftskrediten allein aufgrund ihres Geschlechtes, so der Harvard-Professor Alberto Alesina in der NZZ am Sonntag vom 31. August 2008. Im Schnitt bezahlten Frauen 0,29 Prozentpunkte mehr Zins als Männer, obwohl von Frauen geführte Unternehmen signifikant weniger bankrott gehen als jene von Männern und sie insgesamt eine deutlich bessere Zahlungsmoral vorzuweisen haben. Es handelt sich dabei eindeutig um eine geschlechtsspezifische Diskriminierung. Im Zusammenhang mit ähnlichen Studien in den USA vermuten Expertinnen, dass bei genauerer Analyse der schweizerischen Situation ähnliche Missstände vorzufinden wären.

Die Basler Kantonalbank ist sich der geschlechtsspezifischen Problematik im Bankenbereich teilweise bewusst und hat ein spezifisches Instrument, das BKB-Lady-Consult eingerichtet - eine Finanzplattform von Frauen für Frauen. Ein Blick in das Angebot zeigt allerdings, dass sich dieses vor allem auf individuelle Ausgaben und Vermögensbildung spezialisiert. Dieser Eindruck kann allerdings täuschen. Vor diesem Hintergrund bittet die Unterzeichnende deshalb den Regierungsrat (in Zusammenarbeit mit der BKB) zu folgenden Fragen betreffend der baselstädtischen genderspezifischen Kreditvergabepolitik Bericht zu erstatten:

1. Werden bei der BKB evt. Frauen bei der Vergabe von Geschäftskrediten, wie im nahen Ausland, benachteiligt? Wenn ja, an welcher Stelle des Vergabeprozesses und in welchem Ausmass.
2. Werden regelmässig Daten zu den Zinsen für Kontokorrentkredite (Überziehungskredite für Firmen) erhoben und Datensätze auf evt. geschlechtsspezifische Unterschiede untersucht? Die variablen Zinssätze zeigen offensichtlich am besten die Beziehung zwischen Kreditnehmenden und Kreditgebenden.
3. Genügen die vorhandenen Instrumente um den weiblichen Teil der Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen? Und gibt es noch andere Gruppen, die bei der Vergabe von Geschäftskrediten benachteiligt werden (z.B. Migrantinnen)? Müssten hier ebenfalls spezifische Plattformen entwickelt werden?

Brigitta Gerber

**k) Schriftliche Anfrage betreffend Angebote an geschlechterspezifischen Selbstverteidigungskursen für Frauen und Männer von 50+**

09.5112.01

"Rentner ausgeraubt", "Rentnerin Handtasche entrissen", "beim Geldabheben abgepasst". Solche Berichte mögen den Ruf nach staatlichen Sicherheitsmassnahmen verstärken, ich halte jedoch die Verstärkung der persönlichen Sicherheitskompetenz für sinnvoller. Die Kantonspolizei verfolgt diese Strategie seit langem, indem sie regelmässig Tipps und Hinweise zum Einbruchschutz publiziert und verteilt. Ich frage die Regierung deshalb an, ob und welche Möglichkeiten sie sieht, z.B. im Rahmen von "Gsünder Basel" oder durch eine andere Organisation Anleitungen zur Selbstverteidigung, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der jeweiligen Alters- und Geschlechtsgruppe, anzubieten.

Gelernt zu haben, wie man und frau sich notfalls wehren kann, stärkt das Selbstvertrauen, dies notfalls dann auch zu tun und verringert Ängste.

Beatrice Alder